

Aus Schlesien.

Was sind wir Sozialdemokraten den Bauern schuldig?

Bis vor dem Weltkriege und auch später noch redeten unsere Gegner und hauptsächlich die Kontrainten, heut Deutschnationale Volkspartei, der Bauernbevölkerung vor, die Sozialdemokraten seien bauernfeindlich. Wenn man bedenkt, daß bei uns in Schlesien bis zur Gründung des Bauernbundes fast alle Bauern sich von den Großgrundbesitzern führen ließen und dazu noch mit dem Schlächterruf für König und Kaiserum, so kann man es verstehen, daß die SPD. es für wenig möglich hielt, Bauernpolitik zu treiben. Sie hatte und mußte in erster Linie denjenigen Volksschichten zu Hilfe eilen, welche in ihrer Existenz bedroht waren. Zu diesen gehörten aber auch die Bauern, welche dank der falschen Führung von Großgrundbesitzern von ihrer Scholle vertrieben worden waren. Die SPD. konnte diese Besitztumsverluste, welche zu Ungunsten der Bauern unter falscher Führung führen mußten, nicht aufhalten. Die Bauern mußten erst zu der Erkenntnis kommen, daß es notwendig ist, der alten Führung zu entsagen. Sie mußten um ihr Geschick selbst kümmern und sich eine starke Bauernorganisation schaffen. Diese Vorbedingung ist nun erfüllt. Das kann man am besten durch die von Jahr zu Jahr an Umfang zunehmenden Bauerntagungen beurteilen. Da sich der Bauernbund von vornherein auf den Boden der Demokratie gestellt hat und die republikanische Staatsform als die einzig richtige erkannt hat, so ist für uns Sozialdemokraten die Zeit gekommen, der jungen Organisation fortzuhelfen und sie in ihrem Kampfe gegen die Großgrundbesitzer zu unterstützen. In erster Linie müssen wir durch gezielte Maßnahmen alle Hindernisse beseitigen, welche den Bauern beim Weg zum Erfolg, was nicht nur ihm, sondern der gesamten Landarbeiterschaft zu gute kommt. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Gutsbezirke aufgelöst, eine gerechte Steuerverteilung für die Landwirtschaft eingeführt und die Anliegerbedürfnisse sowie Neuschulungen energisch durchgeführt werden.

Genosse Max Wierzig-Neurode †

Der Redakteur des Neuroder Kopfschlages unserer Waldenburger Parteizeitung, der „Schlesischen Bergwacht“, Genosse Max Wierzig, ist am 25. Februar an einem Herzschlag plötzlich gestorben. Die „Schlesische Bergwacht“ widmet ihm einen Nachruf, in dem es heißt:

Wieder ist einer der Besten aus der Reihe der unergründlichen Kämpfer um die Sache der Arbeiterschaft herausgerissen worden, unser Freund und Parteigenosse, der Redakteur Max Wierzig.

Am 25. Februar, abends kam er in den Druckereibetrieb der „Schlesischen Bergwacht“ in Waldenburg, um das Manuskript für die Sonabendnummer der im Verlage der Bergwacht erscheinenden „Volksstimme“, der er als Redakteur vorstand, fertig zu machen. Wohlgemut und guter Dinge setzte er sich zum Schreiben, um schon im nächsten Augenblick von heftigem Unwohlsein befallen zu werden. Der sofort herbeigerufene Arzt bemächtigte sich um ihn. Es war leider vergebens. Noch unter den Augen des Arztes, gegen 8 1/2 Uhr, schloß dieser Braue seine Augen für immer. Ein langjähriges Herzleid, das in letzter Zeit besonders heftig auftrat, hatte seinem Leben ein frühes Ziel gesetzt. Und so schied Genosse Wierzig von uns im hoffnungsvollen Alter von 41 Jahren.

Unser Freund Max war in seinem Leben nie auf Rosen getreten. Am 16. Mai 1886 wurde er zu Breslau geboren. Seine Eltern waren frühzeitig verstorben, und so mußte er seine Kindheit im Waisenhaus verbringen. Aus der Schule entlassen; trat er in die Lehre in der Kunstankalt Wiskott, wovon die Steinindustrie erlernte. Als junger Gehilfe ging er auf die Wandererschaft und nahm Stellung in der bekannten Münchener Kunstankalt Hubert Jordan & Körner.

Später trat er in Stellung bei Wunderlich & Co in Altwasser. Nach dem Kriege wählten ihn die Parteigenossen als Stadtvorordneter in das Stadtparlament Waldenburg. Er trat dann bei dem Weggang des Genossen Grünert in das Arbeitersekretariat ein, um einige Zeit darauf das Arbeitersekretariat in Gottesberg zu übernehmen. Anfang des Jahres 1923 wählten ihn die Vertreter der Arbeiterschaft der Kreise Neurode, Glah und Habelschwerdt zum geschäftlichen und redaktionellen Leiter der für diese Kreise erscheinenden „Volksstimme“. Ende des Jahres 1926 wechselte er dann auf seinen Wohnort und verließ ihn von Waldenburg-Altwasser nach Neurode. Ein Vorbild für Disziplin und kameradschaftliche Treue war Max Wierzig, und diese Tugenden haben ihm ein bleibendes Andenken gesichert.

Wartha. Unglücksfall infolge Gasexplosion. Gestern morgen um 1/4 Uhr ereignete sich hier im Hotel zum Stern eine sehr schwere Gasexplosion. In der Wohnung der Witwe Schneider war aus dem nicht ganz geschlossenen Gashahn Gas ausgetreten, welches sich an einer brennenden Ampel entzündet hatte. Nachdem man gewaltsam in die Wohnung eingedrungen war, fand man die Witwe Schneider mit ihrer zwölfjährigen Tochter im Bette tot vor Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

Schönan bei Mittelwalde. Brand einer Brücke. Die hölzerne Brücke unweit der silesischen Bahnstrecke geriet durch Funkenauswurf der Lokomotive eines vorüberfahrenden Zuges in Brand und wurde vollständig zerstört.

Schmiedberg. Ein schwerer Autounfall hat sich dieser Tage hier ereignet. Ein junger Mann, der mit seinem Auto von Liebau kam, begegnete in der Nähe des Bahnhofs einem ihm entgegenkommenden Auto. Durch den Schein wurde der junge Mann so geteilt, daß er die schmale Straße verließ und in den zwei Meter tiefen Graben fuhr, in dem sich das Auto zweimal überschlug. Der Wagen wurde arg demoliert und mußte abgeschleppt werden. Dem jungen Mann ist glücklicherweise nicht das geringste passiert.

Wegisch. Ehestragödie. Im Hainauer Torturm hat sich eine Ehestragödie ereignet. Der 55jährige nervenranke Handelsmann Max Hering, der seine Ehefrau bereits wiederholt mit Erstickens bedroht hatte und seit einigen Tagen bei Verwandten außerhalb weilt, lehrte plötzlich abends zurück und stellte auf seine Frau. Ein herbeigerufener Schuttpolizeibeamter entwand ihm die Waffe, konnte aber nicht mehr verhindern, daß der Mann sich eine Kugel durch den Kopf jagte. Er war auf der Stelle tot.

Striegau. Die beiden Regelagerer, die kürzlich einen Kleider auf dem Heimwege von Streit nach Striegau überfielen, sind nun ermittelt worden. Sie hatten bei dem Kampfe mit dem Heberfallenen schwere Handverletzungen davongetragen, was zur Ermittlung ihrer Persönlichkeiten führte.

Wernsdorf, Kreis Kottbus. Mehrere Einbrüche, die vermutlich von ein- und derselben Diebesbande ausgeführt worden sind, waren im hiesigen Orte in den letzten Tagen zu verzeichnen. Eingebrochen wurde im Gasthof „Zum Kreuzhübel“, in der Pohl's Warenhandlung, Geschäften wurden Wein, Rum und eine ganze Anzahl andere Güter, wie sie in Warenhandlungen verläßt werden. Allem Anschein nach handelt es sich um dieselbe Bande, die in letzter Zeit die Nachbarortschaften Nubant, Kransdorf, Würgsdorf i. h. v., heimgesucht hat.

Sprottau. Die Spar- und Girokasse des Kreises und der Stadt Sprottau hat ihren Geschäftsbericht für das Kalenderjahr 1926 jetzt vorgelegt. Danach stieg die Zahl der Konten von 2659 auf 4314, die Summe der Umsätze von 27,4 auf 35,3 Millionen Reichsmark, der Betrag der Gesamteinzlagen von 996 000 auf 2 104 000 Reichsmark, das heißt um mehr als 100 Prozent. 45 Prozent der Spareinzlagen, das heißt fast das

Doppelte des jetzigen Reichsdurchschnitts, konnten als erste Sparsparen dem Baumarkt zugeführt werden.

Sprottau. Ein Feldzug gegen die Mücken wird in diesen Tagen von der Stadtverwaltung durchgeführt werden. Man hofft, auf diese Weise einer Wiederholung der Mückenplage vom vorigen Jahr, die einen gemeingefährlichen Umfang angenommen hatte, wirksam entgegenzutreten zu können.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Cawallen. SPD. Monatsversammlung. Sonntag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Geschw. Friedewalde, unsere fällige Monatsversammlung statt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen zeitlos erscheinen und Frauen und Gäste mitbringen. Referent Genosse Jankowski.

Schmolz. SPD. Mitgliederversammlung. Die letzte Mitgliederversammlung der SPD. war diesmal nicht so gut besucht, wie es sonst immer der Fall ist. Es wird aber erwartet, daß das nächste Mal der Besuch wieder besser ist. Zunächst hielt Genosse Fuhrmeister einen interessanten Vortrag über die mit großem Beifall von der Zuhörerschaft aufgenommenen Angelegenheiten der SPD. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß entgegen einem Gemeindevorstandesbeschlusse, der Betrag von 200 Mark, der für die Ortsarmen und Hilfsbedürftigen zur Verfügung gestellt wurde, bisher noch nicht verteilt worden ist. Der Gemeindevorstand scheint es mit der Durchführung derartigen Beschlüsse nicht so eilig zu haben. Zugleich wurde verlangt, daß die nächste Gemeindevorstandssitzung unbedingt wieder stattfinden soll. Zum Schluß befaßte sich die Mitgliederversammlung noch mit einigen Fragen, die dem Ortsvorstand besonders ans Herz gelegt wurden. Mit einem Appell des Vorsitzenden zu weiterer intensiver Arbeit für die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Steine. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Banner Herrmann). Sonntag, den 5. März, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal bei Adolf Grocholl unsere Monatsversammlung statt. Der anwesende Redner hält einen Vortrag über „Die Justiz der Republik“. Alle Kameraden haben zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Steine. SPD. Wesentliche Volksversammlung. Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Lokal von Adolf Grocholl eine öffentliche Volksversammlung statt. Alle Parteigenossen und Genossinnen haben für starken Besuch der Versammlung zu sorgen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Zur Eingemeindungsfrage.

Der Provinzialrat der Provinz Niederschlesien hat in seiner Sitzung vom 23. Februar 1927 den Beschluß des Bezirksausschusses Breslau vom 3. November 1926 nunmehr endgültig dahingehend bestätigt, daß die Randgemeinden Altstadt-Nimptsch und Bogelgang, sowie ein Teil des Gutsbezirkes Wangel in den Stadtbezirk Nimptsch eingemeindet werden. Das Staatsministerium hat diesen Beschluß nun noch zu bestätigen.

* **Kreisjäger.** Oberlandjäger Reim, Nimptsch, ist zur Aufstellung eines Kursus nach Berlin, zwecks Verwendung im höheren Staatsdienst, einberufen worden. Die Vertretung führt Oberlandjäger Frei, Grün-Hartau.

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 1. März, nachts 1 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Klempner

Erich Schenk

im Alter von 28 Jahren. 3182

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, 4. März, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Cosel (St. Barbara).

Museum der bildenden Künste

13. Ausstellung

der Gesellschaft der Kunstfreunde

Gemälde aus schles. Privatbesitz

(von 1850 bis zur Gegenwart)

Geöffnet Sonntags 11-2, wochentags 10-3 Uhr

vom 6. März bis 3. April. 1734

Berufskleidung

Spezialität für Maurer, Zimmerer, Dachdecker,

Steinsetzer, Bierfahrer, Monteur usw.

Pa. Sammel-, engl. Leder-, Manchester-

Pflei-, Latz- und Schnitt-

nach Maß, ohne Preisaufschlag. 6742

Waldjachen * Hemden * Unterhosen

Köln-Laden!

V. Liepell, Breslau

Friedenplatz Nr. 2, früher Oeisenstraße.

Die „Frauenwelt“ den Frauen

Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau

des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.

Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Für die Redaktion verantwortlich: Groß-Zimmer; für die Anzeigen: Max Tonus. — Redaktion: Bräunkeplatz 3. — Hauptexpedition: Hiltzstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volksrecht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau

MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN

GIDON

4 PFENNIG

Ein schöner Mantel aus der

Damen-Mantel-Fabrik

ist infolge Eigenfabrikation unerreicht billig

Zur Einsegnung!

Covercoat-Paletot 9 75

von 9 an

Rips-Paletot 19 75

in allen Farben, von 19 an

Wohl & Alexander

Wintersachen 30% Rabatt!

Berücksichtigt unsere Inferenten!



Mit der Filzbrille

steht man filzig in die Welt und scheut selbst die kleinste Ausgabe zur Befestigung der quälenden Bühnenaugen mit dem vielmillionenfach bewährten Kullirof-Süheraugen-Pflaster. Packung 75 Dfg.; Kullirof-Süheraugen-Binden 8 Stück 60 Dfg.

Filz ist nur gut, wenn er zweckmäßig verarbeitet wird, wie z. B. bei den wundervollen Kullirof-Einlegefilzen, die der sicherste Schutz gegen

Kalte und nasse Füße sind und sich als bestes Vorbeugungsmittel gegen alle Erkältungskrankheiten, wie Schnupfen, Keuchhusten, Grippe und Rheumatismus, ganz hervorragend bewährt haben. 1 Paar echte Kullirof-Einlegefilzen 1.25 bis 1.75 RM.

In einfacher Ausführung 80 Dfg. bis 1.-RM. Antiferfilz imprägnierte Kullirof-Einlegefilzen in einfachster Ausführung 6 Paar nur 30 Dfg.

Kullirof-Tabrit Kurt Aris, Groß-Salze bei Magdeburg.

Kullirof-Verkaufsstellen: Nordstern-Drogerie, Treibitzer Straße 12; Opitz-Drogerie, Gabitzstr. 87/89; Drogerie Fritz Oehme, Webskystr. 18; Drogerie zur Post, Poststr. 9; Reichsadler-Drogerie, Hohenzollerstr. 47/49; Reichs-Drogerie, Treibitzer Str. 46; Residenz-Drogerie, Neue Taschenschtr. 17; Drogeriehaus Oskar Reymann, Neumarkt 18.

Volksrecht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Flurstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Flurstraße 140, sowie durch alle Auspostämter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlageort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlessien 20 Pf. Stellenangebote 14 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Vereinsmitteilungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die KPD. stürzt eine Linksregierung.

Sie hilft den mecklenburgischen Junkern!

Schwerin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag fiel im Mecklenburgischen Landtag die Entscheidung über das Schicksal der Regierung. Der Haushaltsplan wurde in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Sozialdemokraten und Demokraten. Ein eigenartiges Schlaglicht auf das Verhalten der Wirtschaftspartei warfen die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der mitteilte, daß diese Partei nach am Mittwochabend nach Gewährung ihrer Forderungen in der Steuerfrage zugestimmt hatte, für den Haushalt zu stimmen. Nach der Ablehnung des Haushaltsplans gab der Ministerpräsident für das Gesamtkabinett die Erklärung ab, daß die Regierung in der Ablehnung des Haushalts die Ablehnung eines Gesetzes sehe und sich die weitere Stellungnahme vorbehalte.

Daraufhin brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen die von ihnen mitgewählte Regierung ein. Das Haus trat in die sofortige Beratung ein, wobei die gesamte Rechte die Erklärung abgab, für den kommunistischen Antrag stimmen zu wollen. In namentlicher Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum darauf mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen. Kommunisten und Wirtschaftler stimmten vereint mit der gesamten Rechten gegen Sozialdemokraten und Demokraten.

Die nächste Sitzung des Landtages wurde daraufhin auf Mittwoch, den 8. März, anberaumt, mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten.

Die mecklenburgische Linksregierung, von Sozialdemokraten und Demokraten gebildet, hatte im Lande des Ochsenkopfs-Wappens eine mehrjährige Mißwirtschaft der alten Junker-Clique, geführt von dem deutschnationalen Freiherrn von Brandenstein und unterstützt von den anderen Rechtsparteien mit Einschluss der Völkischen abgelöst. Sie hatte mit der Begünstigung des rechtsradikalen Terrors aufgeräumt, der unter dem Kabinett Brandenstein die Arbeiterklasse in einer Weise bedrückte, aus der der berühmte Reichsbanner-Prozess von Grenesmühlen eine charakteristische Probe zeigte. Darüber hinaus gelang es dem sozialdemokratischen Finanzminister, Genossen Alsch, in fühlbarer Weise der finanzpolitischen Begünstigung der mecklenburgischen Großagrarier zu Leibe zu gehen. Eine wilde junkerliche Heße, geführt von dem früheren deutschnationalen Finanzminister v. Derksen, wurde sachlich überlegen abgewiesen. Da fanden aber die mecklenburgischen Junker Verbündete in der kleinen aber bei Abstimmungen im Landtag den Ausschlag gebenden Partei der — Kommunisten. Eine Mehrheit aus Völkischen, Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Kommunisten hat die sozialdemokratisch-demokratische Regierung, an deren Spitze unser Genosse Schroeder stand, gestürzt.

Die Kommunisten haben den junkerlichen Terrorhelden den Steigbügel gehalten, damit sie wieder in die Macht kommen und Mecklenburg auch in der Reichspolitik wieder mit nach rechts ziehen will. Kein einziger sachlicher Vorwand, der sich hören läßt, kann diese ihre Taktik begründen. Sie ist nur von blindem Haß gegen die Sozialdemokratie diktiert, vielleicht auch von dem Wunsch, dem zurzeit versammelten kommunistischen Parteitag einen Beweis unentwegter Bekämpfung der Sozialdemokratie zu liefern, mit dem die Kritik der rechtsradikalen Opposition der Freunde Ruth Fischers behauptet werden kann. Auf lange hinaus sind damit wieder einmal alle Hoffnungen auf Einkehr der Vernunft bei den Kommunisten zerstört. Unterstützung der Kommunisten bedeutet — wie sie hier wieder einmal bewiesen haben — nicht einen Linksdruck auf die deutsche Politik, sondern indirekte Unterstützung der schlimmsten Reaktion. Kommunistische „Einheitsfront“-Reden sind nach solchen Taten nur traurige Heuchelei, die die wirkliche Taktik der KPD. im Interesse der russischen Staatspolitik verschleiern, die ja Deutschland nach Bucharin zu „nationalen Befreiungskämpfen“ bestimmt hat. Zur Unterstützung der deutschen Reichswehr paßt die Unterstützung der Junker — und es gibt noch deutsche Arbeiter, die sich solche „Politik“ verüßt durch ein paar scheinbare Phrasen gefallen lassen!

Die Konkordatsverhandlungen mit Rom.

Die Rechtsregierung im Reich strebt den Abschluss eines Konkordats mit dem Vatikan an, das angesichts der heutigen Machtverhältnisse in der Reichsregierung voraussichtlich ähnlich ausfallen würde, wie das bestehende, der Kirche weit entgegenkommende bayerische Konkordat. Preußen dagegen will beständig von sich aus selbständig seine Rechtsbeziehungen zu römischer Kirche regeln, um dabei die staatlichen Interessen voll zu wahren. Der preussische Unterrichtsminister Prof. Becker hat im Landtag kürzlich erklärt, er wäre dann für einen Vertrag mit der römischen Kirche, wenn dadurch günstigere Verhältnisse für den Staat geschaffen werden könnten als durch die nur staatliche Gesetzgebung.

Die „Post“ sagt, daß heute dahin kommentieren zu können, daß die preussische Regierung vor allem ein Mißverhältnis bei der Ernennung der Bischöfe erstrebe, das sie nach der formalen Trennung von Kirche und Staat zurzeit nicht mehr hat, aber infolge der politischen Bedeutung der Bischofsstühle vor allem in Ost- und Westdeutschland beansprucht, wo die Grenzen des Reiches nicht mit denen der Diözesen übereinstimmen. Angeht es in Vorbesprechungen bisher eine gewisse Klärung der gegenseitigen Ansprüche erzielt. Ein Nachgeben der Kirche dürfte von ihrer Beurteilung der Aussichten im Reich abhängen. Gewisse Teile der Rechtsparteien, die evangelisch-konfessionell stark gebunden sind, machen im Reich Schwierigkeiten gegen eine Uebernahme des bayerischen Konkordatschemas, so daß auch der Reichsinnenminister bisher nur zurückhaltend von „vorbereitender Bearbeitung“ berichten konnte. Dem Zentrum dürfte mit dem Scheitern eines Konkordats der erhoffte Hauptlohn für den Bürgerblock entgehen.

Die Opposition auf dem kommunistischen Parteitag.

Essen, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem kommunistischen Parteitag kam es am Donnerstag zu einem sehr scharfen Vorstoß der Linksoption. Als erster Redner sprach der Delegierte Koetter, der Vertreter der größten Oppositionsgruppe Berlin-Gewerkschaftspolitik der Partei und erklärte, eine Eroberung der deutschen Gewerkschaften durch die kommunistische Opposition sei wegen der Stärke des bürokratischen Gewerkschaftsapparates unmöglich. Seine Ausführungen riefen sehr erregte Proteste des Parteitag hervor. Koetter äußerte ferner ernste Bedenken wegen des wachsenden Einflusses der Großbauern in Rußland. Als zweiter Oppositionsredner sprach Landtagsabgeordneter Bartel. Im Namen der sogenannten Ruth-Fischer-Gruppe verlas Bartel für sich und die Abgeordneten Schlicht und Grilwicz eine Erklärung, die gegen die Bescheidung der Rede-freiheit und gegen den Hinauswurf der früheren Parteiführer Fischer, Maslow, Urbahns und Scholem Protest erhob. Er forderte deren Wiederaufnahme und kündigte entschiedenen Kampf der linken Opposition gegen die politische Linie der Partei an. Auch Bartel wurde bei zahlreichen Stellen seiner Erklärung von lauten Protestrufen unterbrochen.

Thälmann wies die erhobenen Vorwürfe als Propaganda zurück. Er beantragte, die vorgelesene Resolution nicht zu veröffentlichen. Der Parteitag stimmte ihm zu. Die anschließenden Ausführungen des ehemaligen sächsischen Finanzministers Paul Böttcher über die Politik der sogenannten Brandler-Zentrale im Jahre 1923 stießen ebenfalls bei einem großen Teil des Parteitag auf Ablehnung. Dagegen sprach sich der noch vor kurzem der rechten Opposition angehörige Dr. Kunstmeier, Mitglied des Preussischen Staatsrats, wie überhaupt die Mehrheit der Redner für die Politik des Zentralkomitees aus.

Weitere Rheinlanddrängung bekommt die deutsche Rechtsregierung nicht!

Paris, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In einem Kommentar zu der Rede des Reichstanzlers Marx ist der „Temps“ der deutschen Presse, die zurzeit ausschließliche Kampagne zwecks Räumung der Rheinlande nicht fortzusetzen. Sie stehe auch nicht auf dem Programm der kommenden Genfer Tagung, die voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein wird. Zweifellos würde diese Tagung den europäischen Staatsmännern Briand und Stresemann Gelegenheit zu einem nützlichen Meinungsaustausch geben. Dieser könnte aber durch eine Fortsetzung der Kampagne der deutschnationalen Presse wegen der Räumung des Rheinlandes nur kompromittiert werden.

Im österreichischen Wahlkampf hat die bürgerliche Bundesregierung einen großen Schlag damit zu vollbringen geglaubt, daß sie in einem gemeinwirtschaftlichen Werk durch das Militär nach Waffen suchen ließ, die Arbeiterorganisationen gehören sollen. Gefunden wurde bei dem in der Form rechts-widrigen Einbruch einer Anzahl von hölzernen Gewehr-schäften fast gar nichts, doch hat die Regierung Seipel sofort einen Bericht an die internationale militärische Ueberwachungskommission gerichtet, in der eine angebliche Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen demangiert wird. Solche „nationalen“ Parteien ist gegen Sozialdemokraten auch ein solches Mittel nicht zu schlecht!

Von Reinhold zu Köhler.

Handbemerkungen zur Finanz- und Steuerpolitik.

Von Dr. Paul Herx, M. d. R.

Durch die Staatsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler ist eine umfangreiche Diskussion über die Grundsätze und die Praxis der deutschen Finanzpolitik eingeleitet worden. Sie richtet sich gegen den früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Ihm wird vorgeworfen, in seiner Finanzpolitik zu optimistisch gewesen zu sein und die Interessen des Reichs nicht genügend gewahrt zu haben. Diese Kritik ist kein Muster von Ehrlichkeit. Sie kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Finanzpolitik Reinholds immer von der Reichsregierung gedeckt wurde und daß sie auch die Zustimmung des Reichstags gefunden hat. Diejenigen Männer der alten Reichsregierung, die auch der neuen Regierung angehören, tragen also ebenso wie die bisherigen Regierungsparteien für die reinholdische Finanzpolitik die volle Verantwortung. Wenn sie jetzt an Reinhold Kritik üben, so kritisieren sie sich damit selbst. Noch unehrlicher ist die deutschnationale Kritik. Die Deutschnationalen werfen Reinhold vor, er habe die Steuerentlastung zu weit getrieben. Sie selbst aber haben im Vorjahre den doppelten Betrag der von Reinhold vorgeschlagenen Steuerentlastung beantragt. Und wenn sie Reinhold die Senkung der Umsatzsteuer von 1 auf 2 Prozent zum Vorwurf machen, so muß man daran erinnern, daß sie die Umsatzsteuer stets als eine der verwerflichsten Steuern bekämpft haben.

Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, sich in diesen Streit einzumischen. Sie hat Reinhold von Anfang an mit kühler Reserve gegenüberüberstanden. Seine allgemeine Finanzpolitik haben wir stets als eine Bedrohung der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben angesehen. Seine Steuerpolitik ist von uns von Anfang an bekämpft worden, weil sie einen plutokratischen Charakter trug und den Großbesitz zu entlasten suchte. Das gilt besonders von der Senkung der Börsenumsatzsteuer, die zu einem Geschenk von 40 bis 50 Millionen an Börsenspekulanten und Banken geführt hat. Auch seine Absicht, die Steuerfäße für hohe Einkommen zu ermäßigen, brachte ihn in Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie.

Wichtiger aber als die Kritik der Vergangenheit ist die Erörterung der finanzpolitischen Aufgaben der Zukunft. Hierbei ist zweierlei zu unterscheiden: die allgemeine Finanzpolitik und die besondere Steuerpolitik.

Bei der allgemeinen Finanzpolitik spielt vor allem die Frage eine Rolle, ob die Ausgaben sich nach den Einnahmen oder die Einnahmen sich nach den Ausgaben zu richten haben. Dr. Reinhold vertrat mit großer Schärfe den Standpunkt, die Ausgaben müßten sich nach den Einnahmen richten, obwohl er sich in der Praxis kaum je um diesen Grundsatz kümmerte, sondern die Ausgaben munter ansteigen ließ. Dr. Köhler hat eine genaue Präzisierung seines theoretischen Standpunktes vermieden. Indem er aber auf die Läden des von seinem Vorgänger vorgelegten Etats hinwies und neue Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die Beamtenbeibehaltung, die Entschädigung der Auslandsdeutschen usw. ankündigte, hat er praktisch den Ausgaben den Vorrang vor den Einnahmen eingeräumt. Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt. Theoretisch gibt es ebenso wenig eine Grenze für die Einnahmen als eine Grenze für die Ausgaben. Immer wird man sich letzten Endes fragen müssen, ob eine Ausgabenerhöhung so notwendig und zweckmäßig ist, daß eine Steigerung der Einnahmen als das kleinere Übel angesehen werden kann.

Ungleich bedeutungsvoller sind die Streitfragen bei den Problemen der Steuerpolitik, zumal der Rechtsblock in diesen Fragen durchaus nicht einig ist. Daher ist die persönliche Meinung des neuen Finanzministers Dr. Köhler zweifellos von einer gewissen Bedeutung. 1925 hat er gegenüber der Schliebschen Steuerreform auf die beachtlichste „gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Lasten auf die Bevölkerung“ hingewiesen, sich gegen den viel zu weit getriebenen Abbau der Einkommensteuertarife ausgesprochen und betont, daß die notwendige Kapitalneubildung sich nicht auf Kosten des „Lebenskapitals der breiten Masse unseres Volkes“ vollziehen dürfe. Sein Gesamturteil über die damalige Reform hat er dahin zusammengefaßt, es handle sich „um eine durchaus unsoziale Gestaltung der Lastenverteilung“.

Wir wissen nicht, ob Herr Dr. Köhler sein damaliges Urteil auch heute noch aufrechterhält. Wir fürchten aber nach seiner Programmrede, daß er nicht danach handeln wird oder handeln kann. Er hat in seiner Programmrede die Gesamtelastung des deutschen Volkes mit Steuern und Abgaben zurecht auf 11 Milliarden beziffert. Man kann ihm auch darin zustimmen, daß diese Last schwer ist und eine Erhöhung kaum tragbar wäre. Aber eine Erhöhung dieser Gesamtlast wird von niemand angestrebt oder für erforderlich gehalten.

Wenn die Sozialdemokratie auf gewissen Gebieten eine Erhöhung der Steuerlasten fordert, so nur, damit sie zum Ausgleich für die Minderung der Steuerlasten an anderer Stelle benutzt werden kann. Wir

leben also nur eine bessere Verteilung der Steuerlasten an, genau in dem Sinne, wie das Dr. Köhler 1925 getan hat. Ebenso wie damals tragen nämlich auch heute die breiten Schichten des Volkes trotz ungenügender Einkommen und geringer Lebenshaltung die stärksten Lasten, während einzelne Gruppen der Leistungsfähigsten trotz hoher Einkommen und verschwenderischer Lebenshaltung steuerlich überaus begünstigt werden. Eine sozialere Verteilung der Steuerlasten aber ist gerade dann dringend notwendig, wenn die allgemeine Steuerlast schwer ist und nur durch eine gleichmäßige Verteilung erträglich gemacht werden kann.

Leider hat Herr Dr. Köhler — und darin darf man wohl die erste Einwirkung des Besitzbürgerblocks auf seine persönliche Meinung erblicken — die Beseitigung dieser Läden des deutschen Besitzsteuersystems als gegenwärtig unmöglich abgelehnt. Das bedeutet natürlich den Verzicht auf eine erheblichere Milderung der Massenbelastung. Dr. Köhler hat infolgedessen als einziges Zugeständnis die schon lange in Aussicht genommene Senkung der Zuckersteuer in geringem Ausmaß vorsichtig angedeutet. Im übrigen soll es bei der bisherigen Lastenverteilung bleiben und nur durch eine Reform der Steuerverwaltung für eine bessere und gleichmäßigere Veranlagung der Besitzsteuern gesorgt werden.

Ebenso wenig wie Herrn Dr. Reinhold, kann deshalb die Sozialdemokratie Herrn Dr. Köhler Gefolgschaft leisten. Die deutsche Finanz- und Steuerpolitik hängt nicht von der Person des Finanzministers ab, sondern von dem politischen Einfluss der einzelnen Klassen der Gesellschaft. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ist immer abgestellt gewesen auf das Interesse der Besitzenden. Sie weitgehend zu schonen und die breiten Schichten des Volkes zu belasten, war immer das Ziel ihrer Politik. Beim Besitzbürgerblock ist diese Absicht noch stärker ausgeprägt als bei jeder anderen Regierung. Und mögen auch einzelne Parteien, wie zum Beispiel das Zentrum, solchen Absichten manchmal Widerstand leisten wollen, so werden sie doch innerhalb der Regierung nur eine Minderheit darstellen und auf die Hilfe der Sozialdemokratie angewiesen sein. Der Schutz der Interessen der Besitzlosen ist also in vollem Umfang in die Hand der Sozialdemokratie gelegt. Nur die Angst vor der Sozialdemokratie vermag den Besitzbürgerblock von den Absichten auf noch stärkere Schonung des Besitzes zurückzuhalten und ihn zu zwingen, den volkswirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit und den sozialen Interessen der Massen des Volkes durch Verminderung der Massenbelastung Rechnung zu tragen.

Reudell vor dem Haushaltsausschuss.

In der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags bequeme sich Reichsinnenminister v. Reudell zur Beantwortung verschiedener an ihn gestellten sachlichen und grundsätzlichen Fragen. Die Verwaltungsreform soll zunächst eine Vereinfachung und Bereinfachung der Rechtsprechung des Reichs auf öffentlich-rechtlichem Gebiete umfassen. Die Reichsministerien seien dabei, ihren Bürobetrieb auf die neuen wesentlichen Vereinfachungen umzustellen. Die Reichsministerien werde mit Beschleunigung erledigt werden können und das Beamtenvertretungsgesetz demnächst dem Reichstag zugehen. Das allgemeine Beamtengehalt solle dann folgen. Zur Verlängerung des Republikanengesetzes habe das Kabinett nach nicht Stellung genommen. Die Frage der Rückkehr des Kaisers werde bei der Beratung des ferneren Schicksals des Republikanengesetzes geprüft werden. Der Deutsch-Konfessionspartei gehöre er, der Minister, seit Gründung der Deutschnationalen Partei nicht mehr an. Zum Artikel 48 der Reichsverfassung habe die Reichsregierung noch keine Stellung genommen. Bei der Regierungsneubildung hätten keine Verhandlungen über ein Konkordat stattgefunden, jedoch seien die zuständigen Stellen mit der Prüfung aller einschlägigen Fragen beauftragt worden. Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl hätten noch nicht stattgefunden.

Von der bayrischen Verfassungs-Denkchrift behauptete der Minister, sie enthalte eine Fülle beachtenswerten Materials. Er bitte, die Entschliessung Sollmann abzulehnen, durch die der bayrischen Regierung aufgegeben werden soll, die der Verfassung widersprechende Verleihung von Titeln zu unterlassen und die Meinungsfreiheit der Beamten zu achten. Wegen der Verleihung von Titeln schwebten nicht nur mit Bayern, sondern auch mit anderen Ländern Verhandlungen. Alle Beamten hätten nach Ansicht der Reichsregierung und der bayrischen Regierung die volle Freiheit, auch für die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat einzutreten. Das Ministerpersonengesetz werde voraussichtlich bald dem Reichsrat zugehen. Die Errichtung des Reichsarchivs werde gefördert. Von seinen Beamten verlange

Die Erklärung der Konservativen.



Es schmeitert laut das Bombardon
Sein Kaiserlied im alten Ton;

Gingegen Reudells Melodei
Nur laust entgleitet der Schamel.

Es kann auch sein, daß er sich hier
Und gar nicht spielt und nur marriert.

er als Reichsinnenminister die gleiche bejahende Einstellung zum neuen Staat, zu der er sich selbst durch seine Erklärungen im Reichstag betannt habe.

Abg. Sollmann (Soz.) bezeichnete in seiner Erwiderung manche Mängel des Ministers als bedenklich, so die Erklärung, daß die antidemokratische bayerische Denkchrift „eine Fülle beachtenswerten Materials“ enthalte und demnächst das Kabinett beschäftigen werde. Dadurch werde das Mißtrauen erhöht. Bayern habe jedenfalls kein Recht, die Reichsverfassung zu mißachten, solange sie besteht. Entgegen der Erklärung des Reichsinnenministers stehe fest, daß der bayrische Ministerpräsident Beamte, die den Einheitsstaat anstreben, als Ephephaltenaturen, als Landes- und Volksverräter, bezeichnet hat. Danach gibt es die verfassungsmäßige Meinungsfreiheit in Bayern nicht. Ganz unbefriedigend sei die Antwort über den Ablauf des Republikanengesetzes und die etwaige Rückkehr des früheren Kaisers.

Im weiteren Verlauf der Aussprache betonte Abg. Steinlopp (Soz.), eines der wichtigsten Erfordernisse sei, daß die Verordnungen zuverlässige Republikaner sind. Das sei bisher in keiner Weise der Fall. Abg. Rosenfeld (Soz.) wies den Minister darauf hin, daß er vor allem die Reichsregierung zu wahren habe. Es sei ein unglücklicher Zustand, daß innerhalb des Reiches Ausweisungen von deutschen Staatsangehörigen erfolgen, wie zum Beispiel im Falle des Dichters Lohr. Minister Reudell erklärte zu der Frage, ob ein Kommunist Beamter sein könne, eine Betätigung im Sinne eines gewalttätigen Umsturzes verträglich sei nicht mit den Beamtenpflichten. Abg. Dr. Löwenthal (Soz.) fragte den Minister, was er gegen das bayrische Verbot der Zugehörigkeit von Volks- und Fortbildungsschulern zum Verein „Arbeiterjugend“ zu tun gedenke.

Der Antrag Sollmann wurde abgelehnt, dagegen eine Entschliessung Steinlopps angenommen, daß die Reichsregierung Sorge tragen möge, damit die Grenzpfähle mit den verfassungsmäßigen Hoheitszeichen und in den Reichsfarben aufgestellt werden. Eine weitere Entschliessung forderte die Reichsregierung auf, die Gegenfrage zwischen Preußen und Hamburg durch Vermittlung zu beseitigen. Die Titel für das Reichsgesundheitsamt, die Hygienisch-technische Reichsanstalt und das Reichsarchiv, wurden genehmigt. — Weiterberatung Freitag vormittag.

Der Staat als Arbeitgeber im Bergbau.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags begann am Donnerstag die Beratung des Haushalts des Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Der Vorsitzende sprach den vom Grubenrat auf der Seite der Bergheimgeleiteten Bergarbeiter und Zechenbeamten die herkömmliche Teilnahme aus.

Handelsminister Dr. Schreiber teilte u. a. mit: Die preussischen Bergbau waren im Jahre 1913 493 000, im Jahre 1922 456 000 Mann beschäftigt. Die Belegschaft im Ruhrrevier betrug im Jahre 1913 410 000, im Jahre 1922 355 000 Mann. Gefördert wurden im Ruhrrevier 1913: 144 Millionen Tonnen, 1922: 112 Millionen Tonnen. Die Schichtleistungen im Ruhrrevier gegenüber dem Jahre 1913 in Oberschlesien um 13,1 Prozent in Niederschlesien um 15 Prozent, im Ruhrgebiet um 20 Prozent, im Aachener Revier um 21 Prozent. Am 1. April 1922 wird der preussische Staat eine Versuchsstube übernehmen, um die Neuerungen im Grubenbergbau zu erproben. Die Belegschaft im Siegerland-Bergbau konnte nach Gewährung staatlicher Unterstützung verdoppelt werden. Diese Unterstützung soll jedoch nach und nach abgebaut werden.

In der Aussprache trat Abg. Franz-Oberschlesien (Soz.) für größeren Schutz der Bergarbeiter und für ein Verbot der Zahlung von Kosterprämien ein. Das Verfahren von Kosterprämien müsse unter allen Umständen verboten werden. In Schlesien Bergbau würden die Bergarbeiter zu Ueberhöchstleistungen gezwungen. Der Volksparteiler Dr. Pinkert erklärte, die Kohlenwirtschaft gestatte keinerlei Arbeitszeitverminderung.

Aus dem Reiche.

Zum Abschluss der großen Massenpublikation des Auswärtigen Amtes, herausgegeben von Dr. Thimme und Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy, hielt der Reichsfinanzminister Dr. Marx gestern in Berlin eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß Deutschland seine diplomatischen Vortragsreden als erstes Land offen vorlegte, daß aber ertrübenwerdend sei auch England, eine ähnliche Publikation zu beginnen. Der Kriegsschuldvertrag könne es aus dem Gebiet der Leidenschaften in das christliche Einverständnis hinüberführen werden. Professor Mendelssohn-Bartholdy erklärte in einem Vortrag, daß die Regierung alle den Weltkrieg 1914 nicht gewollt, sondern berechnete lieber zu einer günstigeren Zeit herbeigeführt hätten. Es sei er aus „Mangel an der Kraft zum Frieden“ entstanden, worin eine Lehre für die Zukunft liege.

Köln gegen Berlin. In der Kölner Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag in die Beratung des diesjährigen Haushaltsplans eintrat, machte Oberbürgermeister Dr. Adenauer längere beachtenswerte Ausführungen über die gegenwärtige Finanznot der deutschen Großstädte. In Köln werden gegenwärtig 148 000 Personen durch öffentliche Mittel unterhalten. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Köln über 64 Mark an Wohlfahrtsunterstützung aus städtischen Mitteln gezahlt. Zur Verminderung der wirtschaftlichen Not will die Stadt Köln, wie Dr. Adenauer ausführte, mit aller Energie arbeiten, neue Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, durch Heranziehung der Fertigindustrie. Mit größter Schärfe wandte sich Adenauer gegen die immer stärker in die Erscheinung tretende wirtschaftliche Konzentration in der Reichshauptstadt, wodurch andere deutsche Großstädte empfindlich geschädigt würden. Man müsse gegen diese durch nichts gerechtfertigte Entwicklung mit Entschiedenheit auftreten. Adenauer kündigte dann große Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs an, darunter besonders der baldige Bau einer allen Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragenden Untergrundbahn zu verfechten ist.

Die Berliner Polizeibeamten gegen den Entwurf des Polizeibeamtengesetzes. Der Gau Berlin des Verbandes Preussischer Polizeibeamten veranstaltete gestern Abend eine große Protestversammlung gegen den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes. Nach Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Schrader, der den Entwurf als für die Polizeibeamten unannehmbar bezeichnete, weil er mit der Reichsverfassung nicht in Einklang stehe, wurde eine Entschliessung angenommen, in der gegen die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes protestiert und die sofortige Einführung der Polizeibeamten in das Berufsbeamtentum gefordert wird. (Die einzelnen sozialpolitischen Einwände der Beamtenorganisation sind weiterer Beachtung durch unsere Landtagsfraktion wert. Red.)

Der Schriftsteller Heinrich Wandt, der im Dezember 1922 durch einen Fehlpruch des Reichsgerichts zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung von über zwei Jahren endlich im Februar 1926 begnadigt worden war, ist jetzt abermals das Opfer eines unglaublichen Verfahrens der Justiz geworden. In Düsseldorf schwebt ein Verfahren gegen einen Polizeibeamten wegen Mißhandlung des Wandt. In diesem Verfahren, das nicht von Wandt veranlaßt worden ist, erhielt er eine Vorladung als Zeuge, um dem Beschuldigten gegenübergestellt zu werden. Auf sein Schreiben an den Untersuchungsrichter um Ueberlegung des Reichsgeldes wegen völliger Mittellosigkeit, wurde er zunächst in eine Strafe von 50 Mark genommen. Doch damit nicht genug. Am Donnerstag morgen um 5 Uhr wurde Wandt in seiner Berliner Wohnung verhaftet, um zwangsweise nach Düsseldorf überführt zu werden. Dem neuen preussischen Justizminister bietet sich hier sofort Gelegenheit, nach dem Rechten zu sehen.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Bertheimer.

41]

„Hören Sie, Lord Caring, ich will mich weder mit Ihnen noch mit irgend jemand anderen zanken, aber Sie sowohl wie Mr. Wilson müssen einsehen, daß es für mich zunächst nichts anderes geben kann, als Hugh Radlett, und daß alles andere zurücktreten muß, bis diese Angelegenheit geklärt ist. Ich könnte in diesem Augenblick einfach nicht dasjenige und nichts tun. Selbst wenn bei meinem Versuch nichts herauskommen sollte, so mag ich es doch wenigstens versuchen. Und Mr. Wilson hält es sogar für möglich, daß ich irgend etwas erreichen, nicht wahr?“

„Die Auffassung, die Lord Caring vertritt, hat, ich für die Polizei äußerst schmerzhaft. Aber ich muß gestehen, daß wir in diesem besonderen Falle keinerlei Fortschritte machen und deshalb Hilfeleistung von außen willkommen heißen müssen.“

„Als abgemacht“, stellte Pasquett abschließend fest. „Ich hoffe, Sie nehmen mir's nicht übel, Lord Caring. Aber Sie sehen doch, wie es um mich steht.“

„Rein lieber Freund, ich verstehe Sie nur allzu gut. Alle Achtung, aber.“

„Rein Aber, bitte. Ich weiß, daß ich Ihnen Sorgen bereite. Ich werde versuchen, es später wieder gutzumachen.“

Ein hinterhältiger Mensch, dachte Lord Caring. Selbst auf ihn begann Pasquetts Zauber zu wirken.

Wilson hatte keinen Einfluß gefast. Er entnahm etwas seiner Schublade und schrieb ein paar Worte darauf. Dann reichte er das ihmatische Orientierungszeichen über den Tisch hinweg. „Wenn Sie dies vorwählen“, erläuterte er, „wird Ihnen jederzeit die Hilfe der Polizei in vollem Umfang zufließen werden.“

„Ich möchte Ihnen Glück. Haben Sie einen bestimmten Plan?“

„Nur den einen, überall dorthin zu gehen, wo ich die Hoffnungen herumtreiben, mein Sprichwort heranzuziehen. Aber meine Einblicke von Russland zu erzählen und sie dabei so viel als möglich auszuspähen. Wo befindet sich denn ihr Versteckungslokal? Ich bin krank hier. Ich werde mich als Amerikaner ausgeben. In Wirklichkeit bin ich Kanadier, müssen Sie wissen.“

Dem folgte ein Gespräch, in dessen Verlauf Pasquett alles erzählte, was die Polizei über die verschiedenen hochgewinnlichen Gruppen Englands, ihr Hauptquartier und ihre Treffpunkte wußte. Er kündigte an, daß er mit einem Besuch in der Ringstrasse beginnen und trachten wolle, Koh zu sprechen, welchen die Polizei als den eigentlichen Führer der britischen Linksradiakalen zu betrachten schien. Hernach wolle er seiner Meinung nach besser wissen, wie er vorgehen habe. Er wolle sein Hotelzimmer während seiner Nachforschungen beibehalten, und sobald er damit fertig sein würde, zu Lord Caring überfiebern.

Als sich die Türe hinter Pasquett und Lord Caring geschlossen hatte, blieb Wilson tief in Gedanken versunken zurück. Pasquett hatte ihm wenig Aufschluß geben können. Er hatte niemals von Rosenbaum, Radletts Sekretär, gehört und daraus mußte man folgern, daß Radlett den Kerl bei seinem letzten Besuch in Russland aufgefunden hatte. Dies hätte ganz einleuchtend und förderte die Annahme, daß er das Opfer eines extremistischen Anschlags geworden. Er hatte Pasquett in einem von Kossau geschickten Schreiben von anonymen Briefen berichtet, in denen ihm mit dem Tod gedroht wurde, falls er die Konzeption nicht aufgab. Aber er hatte gleichzeitig festgestellt, daß er dies nicht ernst nehmen, da ihre Urheber in den Kennzeichen zu suchen seien, welche der Sowjet-Regierung feindlich gesinnt waren.

Wilson hielt sich selbst für einen guten Menschenkenner und Pasquett hatte ihm sofort gefallen, nicht nur als ein angenehmer und unheimlich offener, sondern auch als ein scharfsinniger und äußerst fähiger Mensch.

Er legte sich tatsächlich in eine ernste Gefahr; denn wahrscheinlich würde der Mann, welcher Hugh Radlett aus dem Leben geschafft hatte, ebenso sehr trachten, Pasquett an der Durchführung der Konzeption zu verhindern. Immerhin war es möglich, daß seine Identität unbekannt bleiben würde; um so mehr, als es sich ja amerikanische Besucher in England geradezu zur Gewohnheit gemacht hatten, in den instabilsten Organisationen herumzuschweifeln, eine Last, die dazu helfen mochte, etwaige Verdachtsmomente wieder zum Schweigen zu bringen. Ueberdies hatte die Polizei bei der Aufdeckung des Falles wirklich nicht so große Fortschritte gemacht, daß sie es sich leisten konnte, ein beratendes Anerbieten fremder Hilfeleistung von sich zu weisen. Rosenbaum mußte gemahnt werden.

Aber warum hatte sich Lord Caring auf so auffallende Weise bemüht, Pasquett von seinem Vorhaben zurückzuhalten? Wilsons

früherer Verdacht auf diesen Chelmann keimte von neuem auf. Es gab selbstredend die einfache Erklärung, daß Lord Caring sofort die geschäftlichen Dinge zu regeln wünschte, und daß ihm deshalb Pasquetts Beschäftigung mit dem Wort im Wege stand. Aber war das wirklich alles? Oder fürchtete Lord Caring nicht leicht ehrlich, Pasquett könnte Rosenbaum finden, wo doch die Polizei verlastet hatte. Es lag etwas Befremdendes, etwas betrieblisches im Verhalten des verflochtenen Innenministers. „Oh, verdammt nochmal!“ seufzte der Oberinspektor leise.

Staicke brachte Neuigkeiten. Endlich war eine Nachricht von der britischen Handelsvertretung aus Moskau eingelangt, aber sie war nichts sagend. Hugh Radlett, fußte der Vertreter, hätte mit der Sowjetregierung über eine bedeutende Konzeption verhandelt. Das sei alles, was man wisse; überdies habe man von Rosenbaum als einem wohlbekannten Agenten der dritten Internationale gehört. Aber man könne keinerlei Brücke von Radlett zu Rosenbaum herstellen, noch Konten — oder wollen — die russischen Behörden irgendetwas über Rosenbaum gegenwärtigen Aufenthalt ausfragen. Man habe Radlett in der Handelsvertretung persönlich nicht gefandt, noch in letzter Zeit irgendetwas davon gehört, daß sich Radlett in Moskau aufhalte. Da die russischen Behörden keinerlei Auskunft erteilen wollten, so könne man nichts Bestimmtes mitteilen. Von Pasquett habe man niemals gehört; der Name „Kestington“ sei völlig unbekannt.

Wilson stellte fest, daß er sich von Kossau abneigen nichts erwartete; von größerer Bedeutung war Staicke zweite Neuigkeit. Er hatte schließlich den Mann, welcher Rosenbaum von London Bridge nach Charing Cross geführt hatte, aufgespielt. Rosenbaum hatte hier anscheinend genau dasselbe Spiel getrieben wie auf den übrigen Bahnhöfen. Er hatte einem Träger für einige Minuten sein Gepäck übergeben, ein anderes Tragt genommen und war mit ihm auf und davon gefahren. Staicke hatte den Träger, der sich sowohl Rosenbaums als des Koffers entsann, anschnidig gemacht.

„Haben Sie denn nicht schon früher alle Träger von Charing Cross verhört?“

„Ja, aber dieser Burche lag zum Zeitpunkt meiner Umfrage mit Grippe zu Bett; darum ist er mir entgangen.“

„Aha. Haben Sie herausgefunden, wohin Rosenbaum von Charing Cross aus gefahren ist?“

(Fortsetzung folgt)

Erfolge Englands gegen Rußland in Vorderasien.

Aus Haifa wird uns geschrieben: Die Gefahr der bolschewistischen Propaganda in Asien...
Die Gefahr der bolschewistischen Propaganda in Asien...
Die Gefahr der bolschewistischen Propaganda in Asien...

Rußland steht im Augenblick nur an einer Stelle direkt...
Rußland steht im Augenblick nur an einer Stelle direkt...
Rußland steht im Augenblick nur an einer Stelle direkt...

Rußlands asiatischer Völkerbund war dazu...
Rußlands asiatischer Völkerbund war dazu...
Rußlands asiatischer Völkerbund war dazu...

Die Politik des Ostens hat — das darf man nicht...
Die Politik des Ostens hat — das darf man nicht...
Die Politik des Ostens hat — das darf man nicht...

China- und Rußland-Debatte im englischen...
China- und Rußland-Debatte im englischen...
China- und Rußland-Debatte im englischen...

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung...
London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung...
London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung...

Das Urteil gegen Kubele.
Der Prozeß gegen den Lokomotivführer Kubele fand am...
Der Prozeß gegen den Lokomotivführer Kubele fand am...

Aus aller Welt.

Das Urteil gegen Kubele.
Der Prozeß gegen den Lokomotivführer Kubele fand am...
Der Prozeß gegen den Lokomotivführer Kubele fand am...

Aufgehobenes Todesurteil.
Das Reichsgericht hob am Donnerstag das Urteil auf, durch...
Das Reichsgericht hob am Donnerstag das Urteil auf, durch...

Erlebnis eines Berliner Droschkenauffens.
In der Nacht zum Donnerstag mietete ein junger Mann...
In der Nacht zum Donnerstag mietete ein junger Mann...



Eine sterbende Stadt.

Das kleine Städtchen Roquebillieres an der...
Das kleine Städtchen Roquebillieres an der...
Das kleine Städtchen Roquebillieres an der...

getrennt werden, was nicht der Fall gewesen sei. Hätte er eine...
getrennt werden, was nicht der Fall gewesen sei. Hätte er eine...
getrennt werden, was nicht der Fall gewesen sei. Hätte er eine...

Lloyd George, der nach Chamberlain das Wort ergriff...
Lloyd George, der nach Chamberlain das Wort ergriff...
Lloyd George, der nach Chamberlain das Wort ergriff...

Der konservative Lord Curzon gab seiner...
Der konservative Lord Curzon gab seiner...
Der konservative Lord Curzon gab seiner...

Der Arbeitervertreter Snowden erklärte, die...
Der Arbeitervertreter Snowden erklärte, die...
Der Arbeitervertreter Snowden erklärte, die...

Ein Mißtrauensantrag gegen Chamberlain wurde...
Ein Mißtrauensantrag gegen Chamberlain wurde...
Ein Mißtrauensantrag gegen Chamberlain wurde...

Der Arbeiterabgeordnete Haden Guest, der sich...
Der Arbeiterabgeordnete Haden Guest, der sich...
Der Arbeiterabgeordnete Haden Guest, der sich...

Die Lage in China.

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tchang-Tschung-...
London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tchang-Tschung-...
London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tchang-Tschung-...

Die bisher an Bord des britischen Truppentransportschiffes...
Die bisher an Bord des britischen Truppentransportschiffes...
Die bisher an Bord des britischen Truppentransportschiffes...

Eine schwere Anklage gegen den tschechischen Ministerpräsidenten.

Prag, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag...
Prag, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag...
Prag, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag...

„Ministerpräsident Smecha hat den Mitgliedern des...
„Ministerpräsident Smecha hat den Mitgliedern des...
„Ministerpräsident Smecha hat den Mitgliedern des...

Es scheint, daß auch die deutschen Regierungsparteien auf...
Es scheint, daß auch die deutschen Regierungsparteien auf...
Es scheint, daß auch die deutschen Regierungsparteien auf...

Änderung der Wahlordnung in Polen?

Warschau, 3. März. (Drahtbericht.) Im Sejmatschuh für...
Warschau, 3. März. (Drahtbericht.) Im Sejmatschuh für...
Warschau, 3. März. (Drahtbericht.) Im Sejmatschuh für...

Die Spionageaffäre des polnischen Sejmabgeordneten...
Die Spionageaffäre des polnischen Sejmabgeordneten...
Die Spionageaffäre des polnischen Sejmabgeordneten...

Die indiskrete Telephonistin.

Einem nicht alltäglichen Vorfall hatte vor einigen Tagen...
Einem nicht alltäglichen Vorfall hatte vor einigen Tagen...
Einem nicht alltäglichen Vorfall hatte vor einigen Tagen...

Samos des Okeanos.

Ein Mißverständnis. „Das reine Wunder! Raum...
Ein Mißverständnis. „Das reine Wunder! Raum...
Ein Mißverständnis. „Das reine Wunder! Raum...

Stadttheater
Freitag 8 Uhr:
14. Wonn. Vorstellung
Serie C
„Sanneles
Simmelfabri“
„Der Zauberpeiger“
Sonnabend 8 Uhr:
„Der Mitado“
Sonntag 8 Uhr:
Einmalig. Gastspiel
Max Roth
„Rigoletto“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 30300.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg!
In
der
Johannnacht
Sonntag, nachm 3 1/2 Uhr:
Das
Dreimäderlhaus

Bobo-Theater
Tel. Ring 6774
Freitag, Sonnabend,
abends 8 Uhr:
Ein besserer Herr
Sonntag, abds. 8 Uhr:
Ehles Gastspiel
Käte Dorsch
„Stimme“
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Freitag, Sonnabend,
abends 8 Uhr:
„Belpone“

Liebig-Theater
Täglich 8 Uhr:
Das bejubelte
März-Programm
Billige Eintrittspreise
von 50 Pf. an.
Jeden Sonntag
nachmittags 3 1/2 Uhr
Familien- und
Kinder-Vorstellung
Das volle Programm
zu ermäßigten Preisen.

**Elegante
Mäskchen**
von 2 Mt. an, sowie Neu-
anfertigung billigst
Zander, Gellhornstr. 28, I.

Kristall-Palast
Mauritiusplatz

**Premiere
Der Jüngling
aus der Konfektion**
Ein Liebesabenteuer zwischen Taft u. Seide
Der Lustspielschlager
der ganz Berlin zum Lachen brachte
Auf der Bühne:
**Die schöne Frau
Eine Modenschau**
im Rahmen einer Revue
Es führen vor:
Robert Weiß & Co., Straßen- und Gesellschaftskleider
R. G. Leuchtag Wl., Kostüme und Mäntel
Geschw. Püschel, Hütze
Seidenhaus Michels & Co., Modische Anstaltuna
Hellmuth Hallendorf
singt die Schlager der Saison
Schlagertexte: E. F. Schauder
Musik: Friedrich Weißhaupt
Geschloss. Vorstellung: 1/6, 1/7, 1/9 Uhr
Vorverkauf: Barasch und Kasse.

**Wartburg
Lichtspiele**
Ab Freitag!
Lya Mara u. Harry Liedtke
in dem schönsten Film des Jahres
„An der schönen blauen Donau“
Ein heiteres Stück aus dem gold. Wien
in 7 Akten
Ferner: Das Sensat.-Lustspiel
„Motor, Liebe und Leidenschaft“
in 6 Akten
Denkig-Woche!
An lang. Wochentags 8 Uhr, Einmal 3 1/2 Uhr, Anhang Sonntag: 4 1/2 Uhr
Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
„An der schönen blauen Donau“ u. Programm.

TON Fürststraße 32
Theater des Nordens
**„Eine Frau von der
man spricht“**
Moderne Gesellschaftsdrama in 5 Akten
mit Estelle Taylor-Dempsey, Gattin des Welt-
6759 Bonaventura Jack Dempsey.
„Anschließend betreten wir den Saal und hören in die nächste Vorstellung die
die glückliche Ehe“ — für Wahrheit dieses Wortes sagt jeder Frau.
Ferner: **Das Schmeichlerstück**
mit der berühmten Mutterdarstellerin Mary Carr i. 6 Akt.
Sonntag, 3 Uhr: in „Aussergewöhnlichen Wolkens-
Jugendvorstellung, Harold Lloyd Kratzer“ u. Beiprogramm

Die Volksschule als Einheitschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
entgegen genommen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich.
Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Tölgel. — Redaktion: Friedrichsplatz 6. — Hauptexpedition: Fürststraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Für die
Konfirmation!

**Konfirmanden-
Däsche**
für
Mädchen

PrinzeBrücke Trägerf. od.
Achsel, a. fein. Wäsche-
stoff, Schlußf., rüstsum.
m. hochweil. Sticker ver-
arbeitel. Stück 2.55
Bemdhosen aus erdell fein.
Wäsche- u. apert. Sticker-
u. apert. Sticker-verb.,
mod. geschlitzte Form, m.
Reformverschluß. Stück 3.75
Mädchenbenden aus fein.
Wäsche- u. apert. Sticker-
stoff, Träger, m. Mehls.
u. apert. Sticker verb., St. 1.95
Mädchenbenden m. voll.
Achsel, gut mittelst. Hemden-
stuch, m. apert. Sticker, u.
Hohls. verorb. Stück 2.45
Schloßbrustkleider aus
Wäsche- u. apert. Sticker-
stoff, mit hübscher
Stickerverarbeitung. Paar 1.35
Konfirmandenkleider
aus feil. Dess. vorne, Knopf
m. verstellb. Achselbänd. 2.25
Strumpfhaltergürtel
a. gut. Dess. m. 4 aus-
wechselb. Hältern Stück 85 Pf.



Konf.-Kleid
pa. Schweizer Voll-
volle mit Filzein-
satz, 56umchen und
Knopfgarn. Länge 80, St. 9.75
Konf.-Kleid
bester Voll - Voller,
mit groß. gestick.
Kragen, ganz mod.
Verarbeitg. Länge 80, St. 12.75

**Konfirmanden-
Däsche**
für
Knaben

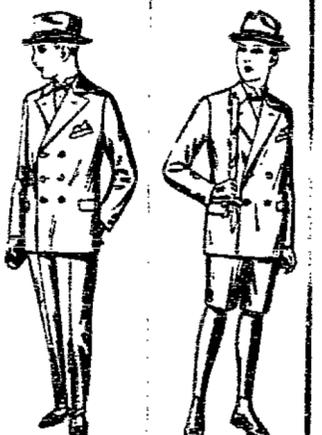
Servietens weich und steif
geplättel, durchweg Stück 0.68
Kragen Ia. 4 fach, in allen
mod. Form. Stück 0.48
Manschetten feinstk. pa.
Qual. Paar 0.58
Schwarze Rippschleifen
für Stih- und Umlege-
kragen. Stück 0.48
Rosensträger aus sollden
Gummi- 0.48
stribpen. Paar 0.95, 0.68
Oberhemden aus gutem
Rumpfstoff, Pikee und Falten, gute
Einsteiz, mit Umschlag-
manschetten, Stück 4.95
Knabenbenden mit und
ohne
Faltenverarbeitung, aus
feil. Wäsche- u. apert. Sticker-
stoff, St. 2.80

Konf.-Kleider
aus Ia. Schweizer
Vollvolle, mit Filzein-
satz, u. Melven
u. 2 Stufen im Rock,
Länge 80, Stück 6.95
Konf.-Kleider
aus pa. Eolienne in
schwarz u. weiß, in
bildschön. Verarbeitg.
mit geos. Rock u.
mit Kräus. garb., Lr. 16.50



Konf.-Kleid
aus pa. reinvollener
Popeline, weiß und
schwarz, mit plis-
siertem Rock und
lang. Arm Länge 80, St. 13.75
Konf.-Kleid
aus Ia. reinvollener
Popeline, in weiß
mit Faltenrock und
schöner Kurbelstich.
Länge 80, Stück 19.50

Prüfungskleider
aus reinvollener
schwerem Popeline,
Cheviot u. Pullov.
Stoff, in mod. Farb.
u. neuen reizenden
Verarb. Länge 80,
Stück 10.25, 6.45, 7.25 6.90
Konf.-Kleid
aus prima Sommer,
mit langem Arm,
gezogenem Rock
und Seidentressen-
garnierung Länge 80,
Stück 17.75



Konf.-Anzüge
aus gutem blauen
Tuch-Cheviot, mit
langem oder langer
Hose, Größe 10-13
Gr. 10, St. 14.50
Konf.-Anzüge
bes. feinstk., guter
Tuchcheviot, lang u.
kurzer Hose, a. gut.
St. u. Verarbeitung
Größe 10-13
Größe 10 21.00

Konfirmanden-Taschentüch.
für Einstecktücher in Batist
Knab od. Mädchen od. weiß,
reiner Seide 21 Pf.
Stück 60
für Zierfächer in Batist,
Mädchen od. Knaben, m. gestick.
Ecke od. Opaltücher, m. ver-
schiedenen hübschen u.
Spitzen . . . Stück 35 Pf.
Gebrauchs- Taschentücher
terliche für Knaben u. Mädchen, weiß
Batist, mit Hohl- 28 Pf.
saum . . . Stück

Trikotagen
Konfirmand-Strickjacken
in weiß und bunt, mit
Wollpelzbesatz, in mod.
schönen Ausführungen
Stück 14.50, 13.95 11.95
Fein- gestricke Bemdhosen
Trägerf., Stück 2.50, 1.95 1.50
Gestricke Untertailien
rein und mittelstark,
ohne Arm mit Arm 1.15
Stück 1.45 85 Pf. St. 1.95
Trikot-Konfirmanden-
Hemden und -Hosen
für Knaben, gute woll-
gemischte Qualität
Hemden 1.45 Hosen 1.10
Stück 1.95 Paar

Seidenbänder
Taffettband reize Seide,
schwarz und weiß, ca. 11 cm br. Meter 50 Pf.
Reinseid. Taffettband
und schwarz, ca. 11 cm breit,
in extra schwerer, guter
Qualität Meter 95 Pf.
Reins. Taffettband
gute Qual. 1.35
13 cm breit, weiß und
schwarz Meter
K. - seidenes Band in weiß
und schwarz, ca. 11 cm br. Mtr. 38 Pf.

Verschiedenes
Gesangbücher elegant
gebunden Stück 4.75, 5.50 4.50
Konfirmationskarten
7 in großer Auswahl 25, 15 8 Pf.
Konf.-Einladungskarten
mit Kräus. Stück 10
Tischläufer mit Myrte, 48 Pf.
dazu passend. Servietten 20 Pf.
Dutzend

Frühjahrsmäntel und Kleider
Neueste reizende Fassons in unseren
extra billigen Preislagen

Konfirmanden - Anzüge
aus reinvoll. Kamm-
gar-Cheviot, in pa.
Verarbeitg., Gr. 10-13 17.50
Gr. 10 Stück
Steigerung 1.- Mk.

Konfirmanden - Anzüge
a. reinvoll. schwerem
Kammgar - Cheviot,
bester Sitz und er-
kassige Verarbeitung,
Ersatz für Maßarbeit
Gr. 10-13 Gr. 10 Stück 21.50
Steigerung 1.- Mk.



Prüfungsanzüge 6749
Jackettform, in den
verschiedenen hellen
und dunkel gemustert.
Stoller, in durchweg
guter Qualität, Gr. 10
19.50
Steigerung 75 Pf.

Prüfungsanzüge
in mod. Sportform,
i. d. neuest. Noppen-
u. Kordstoffen, Gr. 10
St. 19.75
Steigerung 75 Pf.

**Auditorium maximum
der Universität**
4.-13. März, abends 5 u. 8 Uhr:
Filmvortrag
**Das schaffende
Amerika**

(Eine Studienreise durch die
Vereinigten Staaten von Amerika)
Oberingenieur
Dreyer-Hannover
spricht hier persönlich.
Ueberfahrt auf einem Dampfer des
Norddeutschen Lloyd Bremen
New York / Buffalo und
die Niagarafälle / Detroit,
die Stadt der Automobile /
Die werdende Weltstadt
Chicago / Pittsburg / Bal-
timore / Das vornehme
Weltbad Atlantic City
/ Washington u. a. m. 2172
Eigene Beobachtungen / Eigene Erlebnisse
Film der Döring-Film-Werke Hannover
Preise: 0.50, 1.00, 1.50 Mk.; nachm. 1.00 Mk. Schüler
und Studenten 0.50 Mk.
Vorverkauf: Lloydsechöro, Neue Schwedenditzer Str. 6
Konzertdirektion H o p p e, Zwingerplatz.
Näheres siehe auch Plakate.

Fleisch billiger!

Prima Rindfleisch Pfd. 9.00 und 1.00
ohne Knochen 1.20
Schafes 1.00
Kalbfleisch 1.10 und 1.20
Schweinefleisch 1.00 und 1.10
Paul Weidlich, Fleischereier
Tel. Stephan 35569 Hofstraße 42

Billige Hasen

Hasen-Rücken Stück v. 1 25 an
Hasen-Keulen 2 Stck. v. 1 25 an
**Die stärksten Rücken
oder 2 Keulen** Stück 2.50
Hasen-Vorderläufe St. 50 b. 30 Pf.
Hirschblätter) auch ge- 120
Wildschweinblätter) teilt Pfund
Hirschkeulen auch geteilt Pfund 1.60
Gänsebrüste mit Fettsücken sehr
Gänsekeulen vollständig mit Fett preiswert
Masi-Puten Pfund von 1.20 an
Geflügel- und Wild-Großhandlung
E. Kreischner
Gegründet 1878 Breslau I Telephone: 2056
Rg. 556, O. 2056
Karlsir. 44 und Kaiser-Wilhelm-Str. 3
Telephonische Bestellungen werden sofort per Auto
zugestellt. Prompter Versand nach auswärt.

Druckerei Volkswacht Ausführung
Breslau 2 aller Druckarbeiten
Flurstraße 4/6

Hunderttausende schwören

auf unsere Firma. Durch rechtzeitige
und große Einkäufe sind wir in der
Lage, die Weine billiger abzugeben,
als sie jetzt bei den Winzern kosten.
Vom Faß geben wir ab:
Bowlenwein weiß u. rot, p. Ltr 1.20
Rotwein feurig u. tiefdunkel „ 1.20
Tarragona süß p. „ 1.30
Malaga vollsüß „ 1.40
Südwein vollsüß „ 1.40
Vino Vermouth „ 1.50
Edlere Sorten in allen Preislagen
Cyder süß p. Flasche 0.65
Heidelbeerwein süß „ 0.80
Johannisbeerwein süß „ 0.85
Schaumwein Frucht (z. Bewie) „ 1.45
Schaumwein-Cabinet p. „ 4.50
„ Mercier p. „ 6.50
„ Henkel Trocken 6.75
einschl. Steuer **WeAkelHeral** einschl. Steuer
Herzberg & Co.,
Heldenstr. 48 Bücherplatz 20
Michailstr. 3 Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. März.

Die Beleuchtung der Wohnung.

Zur Wohnungskultur gehört eine gute Beleuchtung der Zimmer, und man sollte eigentlich meinen, daß eine gute Beleuchtung in dieser Zeit der Elektrizität und des Gases selbst in der ärmsten Behausung zu finden ist. Dennoch sind große Teile des Proletariats dieses Rechtes beraubt. Das zeigt uns ein Blick in die Zahlen, die uns die Reichsstatistik über die Elektrizitäts- und Gasversorgung gibt.

Die Gasbeleuchtung hat eine ältere Geschichte als die Elektrizitätsbeleuchtung. Trotz des eifrigen Bemühens um ein Weiterziehen ihres Geltungsbereiches hat die Elektrizitätswirtschaft das Gaslicht in den Privathaushalten noch nicht zurückdrängen vermocht. Die Elektrizitätswirtschaft hat sich nach dieser Reichsstatistik überwiegend die Industrie erobert, die Gaswirtschaft ist dagegen mehr als die Elektrizität in die Privathaushalte gedrungen. Von 100 Wohnungen des jeweiligen Versorgungsgebietes sind heute 88 mit Gas und nur 64 mit Elektrizität versorgt. Damit ist also nur ein Teil des ganzen Wohnungsbestandes mit moderner Beleuchtung versehen.

Ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Wohnungen in den hier untersuchten Städten ist sowohl ohne Gas wie ohne elektrisches Licht, ohne jede der neuzeitlichen Lichtquellen. Und das sind die Wohnungen von Proletariern. Einem großen Teile des Proletariats dient noch die Petroleumlampe zur Beleuchtung. Sie, die einst die Lampe von allen war, ist heute die Lampe der Armen geworden.

Dabei ist die Beleuchtung nicht nur ästhetisch, sondern auch hygienisch von großem Werte. Man spricht ja von einer Hygiene der Beleuchtung. Die Beleuchtung soll die Luft möglichst wenig verschlechtern, sie soll auch dem Spektrum des Tageslichts möglichst nahe kommen. Beides gilt für die Petroleumlampe nicht. Sie entfernt sich im Rot weit von der 1, die das Tageslicht darstellt. Während alle Beleuchtungsarten mehr oder weniger der 1 nahe sind, weicht das Rot der Petroleumlampe mit 2,1 weit vom Tageslichte ab. Und der Luftbedarf ist beim Petroleumlicht 13 mal so stark wie beim Gaslicht, und dementsprechend die Luftverschlechterung.

Trotzdem fehlt in 12 unter 100 Wohnungen der untersuchten Städte das Gas und in 36 unter 100 Wohnungen der untersuchten Städte das elektrische Licht. Selbst die Beleuchtung ist Klassenrecht, so wie ja am Tage sogar das Licht der Sonne so vielen Proletariern in den Gassen und an den Höfen nicht einmal zum Rechte geworden ist.

Quartiere gesucht!

Für den Bezirkstag am Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. März — also für eine Nacht — werden noch einige Quartiere gesucht. Meldungen erbeten nach Zimmer 37 des Gewerkschaftshauses.

Steuerkalender für März 1927.

- 3. März: Lohnabzug für die vom 21. bis 28. Februar erhaltenen Beträge. Keine Schonfrist.
10. März: Umfassender Voranmeldung und Vorauszahlung der Monatszahler für Februar. Schonfrist bis 15. März.
15. März: Lohnabzug für die vom 1. bis 10. März erhaltenen Beträge. Keine Schonfrist.
15. März: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer.
25. März: Lohnabzug für die vom 11. bis 20. März erhaltenen Beträge. Keine Schonfrist.
31. März: Ablauf der Frist für Lohnsteuererstattungsanträge.
31. März: Ablauf der Antragsfrist für Parabolung der Anleihe-Kleinbeträge.

Für Sonntagswanderer zur Beachtung.

Zu Beginn des schönen Jahreszeit, und somit der Wanderzeit, seien alle Wanderer und besonders die Jugendlichen, an das Gebot des Feueranzündens im Walde und an das Gebot äußerster Vorsicht beim Feueranzünden in der Nähe eines Waldes und auch sonst an peinlichste Befolgen aller übrigen behördlichen Vorschriften erinnert. Darunter fallen unter anderem die Verbote des Betretens nichtbezeichneter Wege, des lauten Schreiens und Johlens, durch das das Wild beunruhigt wird, das sinnlose Abreißen und Sammeln von seltenen Blumen, Pflanzen und Schmetterlingen in den Naturschutzgebieten. Lehrer, Jugendpfleger und andere leitende Persönlichkeiten sollten die Jugend beim Unterricht und bei den Wanderlehrgängen immer wieder darauf hinweisen, daß bei entstandenen Schäden der Täter oder seine Angehörigen nicht nur haftbar gemacht werden, sondern daß derjenige auch eine große Schuld auf sich lädt, der in diesen ersten Zeiten dem Volksvermögen durch fahrlässiges Handeln Schaden zufügt.

Öffentlicher Schaden durch Mutwillige.

In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember v. J. haben sich die Kosten für ungedeckte Schäden, die durch mutwilliges Zerbrechen usw. von öffentlichen Beleuchtungsanlagen entstanden sind, bedauerlicherweise wieder erhöht; sie belaufen sich auf 1926,39 Mk. (gegen 1067,89 Mk. im vorangegangenen Vierteljahr). Mutwillig zerstört und zum Teil gestohlen wurden 15 Gloden, 177 Scheiben, 4 Lichtschirme, 205 Glühkörper, 49 Zylinder, 1 Leiter, 5 Kronen, 23 Bajons. Der Wert dieser Materialalien beläuft sich auf 307,19 Mark. Durch das Umfahren von Kandelabern entstand ein weiterer Schaden von 2061,80 Mark, so daß die Kosten sich auf insgesamt 2368,99 Mark belaufen. Durch geeignete Maßnahmen konnten 442,39 Mark wieder eingebracht werden. Witterungsschäden an Gärten oder Böschchen der Lampen ist in der genannten Zeit nicht festgestellt worden.

Das Heil im „Generalanzeiger“.

Ein Leser ist uns eine Annonce, die er aus dem „Generalanzeiger“ ausgeschnitten und folgenden Wortlaut hat:

„Jüng. Hausdiener, Radl, kräft., ehrl., fleißig, mit Tischlerarb. etwas vert., p. sof. gesucht. Woche 15.— Mk. Off. u. N. 3264 G. d. Zitg.“

Also ein Hausdiener, der auch noch zu Tischlern versteht, für 15 Mark Wochenlohn gesucht. In den Arbeitsnachweis traut man sich anscheinend mit einem solchen Angebot nicht heran, aber unter den Lesern des „Generalanzeigers“ findet sich doch wohl ein einziger, der seine Kröschen um diesen Preis verkauft, und der bei voller Arbeit ebenso verelendet, als ob er klopfen gehen müßte.

Das völkische Hehlblatt vor Gericht.

Am Mittwoch wurde vor dem Großen erweiterten Schöffengericht wieder einmal mit der „Schlesischen Volksstimme“ abgerechnet. Es wurden in drei aufeinanderfolgenden Verhandlungen drei verschiedene Straftaten abgeurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte nur einige der typischen Anpöbelungen aus diesem Blatte herausgegriffen, denn tatsächlich schreibt es ja überhaupt nichts anderes als Beschimpfungen der Republik oder Beleidigungen der Juden. Die Strafen fielen recht mäßig aus, denn wenn der Angeklagte, der 31 Jahre alte Schriftsteller Kurt Ostler Karf insgesamt 220 Mark Geldstrafe bekam, so werden seine Hintermänner, die von der Republik sehr hohe Pensionen beziehen, sie unerschwer bezahlen können. Die beleidigenden Artikel, die im vorigen Jahre in der „Schlesischen Volksstimme“ standen, kennzeichneten so recht den geistigen Tiefstand dieses Blattes, das seinen Lesern nichts anderes vorzusetzen hat, als daß unter anderem in Mikulskisch O.S. bei einem Abkassier ein jüdischer Händler auf die Juden geschimpft habe. Der betreffende jüdische Händler habe dafür von einem Nationalsozialisten eine Ohrfeige

Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Verammlung sämtlicher Funktionäre der SPD.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen D a r f über: „Sozialdemokratische Politik im Breslauer Rathaus.“ 2. Verschiedenes.

Zur Funktionärerversammlung haben zu erscheinen: die Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Beamtenvertrauensleute, Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses, die Stadtverordneten und Stadträte sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Provinz, Staat und Reich.

Ohne ordnungsmäßiges Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt (siehe Statut). Außerdem ist die neue Funktionärkarte (Farbe hellgelb) vorzuzeigen. Alle anderen sind ungültig.

bekommen. Dieser Artikel ist offenbar nur geschrieben worden, um daran die eigenen Bemerkungen knüpfen zu können, denn der Händler ist vergeblich gesucht worden. Da aber an den Bericht über den schimpfenden Händler die Aufforderung geknüpft war, Leute gebt ihnen die richtige Antwort, das ist eine Tracht Prügel, hatte sich der Verantwortliche der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schuldig gemacht. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tage Gefängnis.

Die Republik ist ja den Nationalisten eine besonders verhasste Einrichtung. So richtete sich der nächste beanstandete Artikel auch gegen die Republik und die Reichsfarben. Beide wurden auf das schwerste beschimpft. Daß dieser beleidigende Artikel einer Korrespondenz entnommen war, kam dem Angeklagten strafmildernd zugute. Er wurde wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt, die aber in 100 Mark Geldstrafe umgewandelt wurden.

In dem dritten beanstandeten Artikel handelt es sich um einen Aufruf, der in der „Schlesischen Volksstimme“ als Protest gegen die Verurteilung des Theodor Frisch, des bekannten Herausgebers des „Hammer“ erschien, weil dieser wegen Beschimpfung jüdischer Staatsbürger zu insgesamt 31 Tagen Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt worden war. Hieran war die Bemerkung geknüpft worden, daß die sogenannte jüdische Religionsgesellschaft nur eine Maste dafür sei, das deutliche Volk wirtschaftlich zu zerschlagen und auszuplündern. Das Urteil lautete wegen Beschimpfung einer Religionsgesellschaft auf sieben Tage Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 70 Mark umgewandelt wurden. Wie der Vorsitzende betonte, kam hier erschwerend in Betracht, daß es sich bei dem Artikel um eine schwer vorzulegende Kundgebung handelt.

Eine neue Filiale der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, hat ihren bereits bestehenden Filialen in Hamburg, Breslau und Frankfurt a. M. eine weitere in Bremen hinzugefügt, die mit dem 1. März 1927 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hat. Damit ist einer weiteren Hochburg der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Möglichkeit geschaffen worden, die Arbeitergehälter der Nutzung des Privatkapitals zu entziehen.

Die hiesige Filiale der Arbeiterbank befindet sich bekanntlich Margaretenstraße 17 im Gewerkschaftshaus und hat ihre Kasse täglich von 8 1/2 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr; Sonnabends nur bis 1 Uhr geöffnet.

Worüber sich Leute wundern.

Es gibt komische Leute, die sich über alles mögliche wundern. So wundern sich neuerdings Leute, warum die Reklameschilder der Dewag-Druckerei (Werkstoffname der „Arbeiter-Zeitung“) in schwarz-weiß-rot gehalten sind und warum das Vließerauto dieser kommunikativen Firma braun und sandfarben angestrichen ist.

Als ob man sich über die Kommunisten noch zu wundern brauchte!

Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

Dieses lehrreiche Buch muß jeder Funktionär der Partei und Gewerkschaft lesen. Es gibt eine zusammenhängende Uebersicht über den Werdegang der Partei. Der Preis ist sehr gering gehalten. Einzeln kostet es 1 Mark, gebunden 1,50 Mark, Ladenpreis 4,50 Mark. Bestellungen im Parteisekretariat des Gewerkschaftshauses, Zimmer 37, baldigst abzugeben.

Unfallverhütungsbild an Elektrolarren.

Im Interesse der Unfallverhütung ist es notwendig, daß die von der Unfallverhütungsbild-G. m. b. H. Berlin, herausgegebenen Unfallverhütungsbilder in auffallender Weise an solchen Stellen angebracht werden, an denen der Arbeiter immer wieder vorübergeht, an Fabrikeingängen, Speiseräumen, Garberoben, Zahlstellen usw. Um in dieser Beziehung eine noch größere Wirkung der Bilder zu erzielen, hat die Firma Vorfis in Leipzig einen neuen Weg beschritten. Sie bringt in ständigem Wechsel Unfallverhütungsbilder oder sonstige Aufforderungen zur Unfallverhütung an dauernd die Werkstätten durchfahrenden Elektrolarren an, so daß die Bilder auch im Betriebe dem Arbeiter immer wieder vor Augen geführt werden. Wir halten dieses Vorgehen für nachahmungswert und bitten, Bestellungen auf die bereits erschienenen Unfallverhütungsbilder an den Beuth-Verlag, Berlin Süd-West 19, Beuthstraße 8, zu richten.

Bilder von der Straße.

Vor dem geöffneten Tore des Untersuchungsgefängnisses in der Graupenstraße bleiben die Menschen stehen. In der gegenüberliegenden Straßenseite steht der bekannte braune Gefangenentransportwagen, gerade im Begriff, in den Gefängnishof einzufahren. Alles bemüht sich, in den Wagen zu blicken. Er ist anscheinend dicht gefüllt mit männlichen und weiblichen Inhafteten. Bald sind die beiden schweren eisernen Torflügel wieder geschlossen, und der Straßenverkehr in der Graupenstraße geht wieder seinen gewöhnlichen Gang.

„Mutter, was das der Schokoladenwagen?“ fragt ein etwa sechsjähriger Junge seine Mutter, die auch einen Moment dort stehen geblieben war.

„Ja, mein Junge, das war der Schokoladenwagen.“

„Kommen da die Verbrecher rein?“

„Junge, das läßt sich schwer sagen,“ meinte die Mutter. „manchmal kommt ein kleiner Sünder hier herein, während die großen Verbrecher oft viel zu schau sind, um sich einzusperren zu lassen und frei herumlaufen.“

„Unser Lehrer hat doch aber gesagt, daß die Spitzbuben und Verbrecher ins Gefängnis kommen.“

„Junge, wenn du größer sein wirst, wird auch dir so mancher begegnen, der das Zuchthaus schon mit dem Ellenbogen gestreift hat, es aber noch nie von innen kennen gelernt hat.“

Der Junge machte ob dieser ihm noch unverständlichen Worte ein nachdenkliches Gesicht und sagte schließlich: „Mutter, da muß ich doch morgen noch mal unseren Lehrer darüber befragen.“

Im Konzertsaal geht es in allen Gängen und Garderoben lebhaft zu. Der große Saal ist hell erleuchtet, alle Glühkörper sind eingeschaltet. Draußen auf der Straße fahren prächtige Autotaxen vor. Vornehme Herrschaften steigen aus Alles drängt durch den Eingang, soll doch eine weltberühmte Sängerin die ganze Fülle ihres herrlichen Organs entfalten. Die Plätze sind fast vollständig ausverkauft. Immer, wenn ein Auto vorgefahren kommt, springt ein junger Mensch hinzu, um zuvorkommend den Wagenanschlag zu öffnen, in der Hoffnung, dafür ein kleines Trinkgeld zu erhalten. Er sieht ja auch so mitleiderregend aus: Eine chronische Gesichtsschmerz macht sein Gesicht fast abstoßend häßlich. Was für ein Gegenstand zwischen den begüterten, feingekleideten und wohlgenährten Herrschaften, die da ihren zumeist eigenen Autos entsteigen, um die labelhafte Stimme der Sängerin zu hören, und diesem armen, mißgelaunten und unterernährten jungen Menschen, der schon fünf Autos geöffnet hat, ohne etwas zu erhalten. Hatte man ihn übersehen, oder wollte man ihn nicht sehen, weil sein Mund infolge der Lähmung fortwährend offen stand, was allerdings un schön wirkte?

Endlich fiel ein Trinkgeld auch für ihn ab. Voller Freude schlich der Arme davon, um sich dafür in einer Gastwirtschaft am Neumarkt etwas Abendbrot zu kaufen.

Die Sängerin aber entzückte alle Zuhörer im hell erleuchteten Saale durch einige Arien, die enormen Beifall fanden.

Vor dem Schaufenster eines Konfitürengeschäftes in der Taschenstraße steht ein kleines Mädchen und blickt sehnsüchtig auf die netten Schokoladenschweinechen, Marzipanwürste und Konfektmischungen, die da im Schein des elektrischen Lichtes hinter der Scheibe so verlockend ausbreitet sind. Zu Weihnachten, wo der Vater noch Arbeit hatte, lagen auch für die Kleine, die jetzt vor dem Schaufenster steht, allerhand Süßigkeiten auf dem Gabentische. Sogar ein kleiner Schornsteinfeger aus Schokolade. Mitte Januar aber verlor der Vater bei Linke-Hofmann seine Arbeit und mußte stempeln gehen. Das Stempelfeld war knapp, aber die Mutter, die vormittags in zwei anderen Haushaltungen Bedienung macht, konnte mit dem damit verdienten Gelde — einigen Mark wöchentlich — wenigstens die größte Not abhalten. Nun wollte es ein unglückseliger Zufall, daß die Mutter infolge einer Fußverstauchung diese Beschäftigung aufgeben und das Bett hüten mußte. Das Kind dachte vor dem Schaufenster gerade an seinen arbeitslosen Vater und die kranke Mutter daheim, als eine Frau, die selbst nicht sehr begütert ansah, ihm eine Tafel Schokolade überreichte. Das kleine Mädchen stutze anfangs und wollte die Gabe zurückweisen, weil es glaubte, die Geberin sei eine zweifelhafte Kinderfreundin. Die Frau aber sagte: „Nimm nur, ich bin selbst arm und werde dadurch nicht ärmer.“

Das Kind nahm die Schokolade, um die kranke Mutter damit zu erfreuen.

Die gute Frau, die soeben einem armen Kinde eine Freude gemacht hatte, die im Straßengewühl fast unbemerkt blieb, ging raschen Schrittes in der Richtung nach dem Hauptbahnhof davon.

Auf dem Königsplatz passierte einem Fleischergesellen das Mißgeschick, vom Rade zu stürzen. Das wäre an sich nichts Ungewöhnliches gewesen, wenn der junge Mann nicht eine Kanne mit Dönsenblut bei sich gehabt hätte, das sich infolge des Sturzes auf den Fehrdamm ergoß und das Pflaster in einem ziemlichen Umkreis rötete. Da Blut nun „ein besonderer Saft“ ist, fanden sich gleich Leute, die hinterher, als sie den Blutfleck sahen, davon munkelten, hier sei ein Kind totgefahren worden, die Leiche sei auch bereits in der Anatomie. Ein Schmod stand auch schon im Begriff, den „Generalanzeiger“ anzuklingeln, der ja allen blutrünstigen Sachen von jeher sein Hauptaugenmerk zumendet, um die Sache telephonisch mitzuteilen. Beinahe wäre nun der Generalfotograf mit einer falschen Meldung hereingeleitet worden, als ein Herr, der zufällig den Sturz des Fleischergesellen mit angesehen hatte, zum Glück den Schmod davon abhielt. Nach lange demnach umstandenen Leute den Blutfleck, und ein Friseurgehilfe sprach sogar von einem Mord, der sich hiergetragen habe. Eine alte Kaffeetante sagte darauf: „Wenn wirklich ein Mord vorliegt, dann werden wir es morgen im „Generalanzeiger“ lesen, es hat keinen Zweck, sich hier kalte Füße zu stehen.“

Kommunalpolitischer Kursus.

Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr, im Zimmer 19 des Gewerkschaftshauses.

Vortragender: Genosse Stadtrat Tilly über: Amtliche und ehrenamtliche Kräfte in der Wohlfahrtspflege. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Gesundheits-Gespräche:

Der Körper von Kindern und Erwachsenen braucht gerade im Winter reichlich Gemüse mit ihren Nährsalzen und Lebenskräften. Kauff rechtzeitig Konserven, diese in Dosen eingefangenen Sommergenüsse! Kauff Marke „Seibels mit dem Garantiering“!

Carl Seibel & Co., Münsterberg in Schlesien.

Die Güte der deutschen Konjunktur.

Der Verein Breslauer Kolonialwaren-Großhändler schreibt uns zu der gegenwärtigen Konjunktur...

Mangelhafte Hilfsbereitschaft.

Zu diesem Artikel vom 5. Februar geht uns folgende amtliche Darstellung zu: Am 3. Februar, zwischen 7 und 8 Uhr abends, erschien beim Pförtner des Wenzel-Hande-Krankenhauses ein Motorradfahrer...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 26

An die Mitglieder Funktionäre einzelner Distrikte haben noch immer alle Funktionäre in den Händen. Es wird dringend ersucht, diese Karten endlich einzuliefern...

Freiwilliges Jugendbrot.

Brot-Gewerkschaftsjugend. Sonntag ist das Brot um 5 Uhr geöffnet. Am 8. März, Montag, Sonntag, 10 Uhr, treffen wir uns zur Vereinerung...

Tauschsalon - Arbeiterjugend.

Heim 1, Kriegerstraße. „Die kapitalistische Wirtschaft“. Referent: Genosse P. Sch. Heim 2, C. Sauer. „Die kapitalistische Wirtschaft“. Referent: Genosse P. Sch.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Sämtliche Schulklassen aus allen Gruppen sind Sonntag vormittag, 9 1/2 Uhr, in der Wassertochschule, Wassertochstraße, auch die Freunde aus Gruppe 1.

Gebt eure Anzeigen der Volkswacht.

Künftiger Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums

Die Störung 11 A ist im Laufe des Donnerstag über Schlesien hinweggezogen und hat im Flachlande leichten Regen im Hochgebirge Schmelzregen gebracht...

Das Wetter im Gebirge.

Schneehöhe: Schneehöhe 145 Zentimeter. Schneehöhe in Wien: Schneehöhe 105-200, Neuschnee 8-10, Schneehöhe in Prag...

Legte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut, Max., Min.), Wetter, Wind, Niederschlag. Rows include Grünberg, Görlitz, Dresden, etc.

Konzerte.

Singakademie - Kammermusikabend.

Der Künstler kann erst seine Kraft völlig ausnützen, wenn ihm für seine schöpferische oder nachschaffende Tätigkeit ausreichendes Material zur Verfügung steht...

Arbeiter-Sport.

Neutölln, Dresden, Görlitz, Riegnitz und Magdeburg am Start.

Wichtig! wenn der Frühling seinen Einzug hält, veranlaßt der SV. Voleidon seine Schwimmwettkämpfe, die diese Frühjahrs eine außerordentlich gute Beteiligung aufweisen...

Bereinstellender.

Einheitsverband sozialistischer Gewerkschaften und Gewerkschaften. Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung...

Antilige Desinfektur der Berliner Börse

Table with columns: Name, Amount, etc. Rows include 1 Bund, 1 Dollar, 100 Mark, etc.

Antilige Desinfektur der Berliner Börse

Table with columns: Name, Amount, etc. Rows include 1 Bund, 1 Dollar, 100 Mark, etc.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiel

Der schwarze Sonntag Wege zu Kraft und Schönheit

Achtung! Sportbillig

Größtes Breslauer Frack-Verleih-Institut Hermann Rohaupt

Das Ehescheidungsproblem im Roman.

Bei den Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstages die Reform der Ehescheidung wurde von rechtsstehender Seite der Einwand erhoben, daß die Frauen durch eine Erleichterung der Scheidung geschädigt würden. Von der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Dr. Siegmann wurde demgegenüber betont, daß gerade die Frauen eine Erleichterung der Scheidung fordern. Einen wertvollen Beitrag zur Klärung der Reform der Scheidungsbestimmungen, der auch in Deutschland gilt, bildet der letzte Band des jetzt abgeschlossenen dreibändigen Romans „Die Forsythe-Saga“ des englischen Schriftstellers Galsworthy, in dessen Mittelpunkt die Ehe und die Scheidung des Soames Forsythe und der Irene steht. Der Roman schildert in der Familie Forsythe das beständige Bürgerturn des 19. Jahrhunderts. In die durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewährleistete Sicherheit des Besitzes tritt die neue Zeit der Gegenwart ein mit ihren Erleichterungen, mit sozialistischen Forderungen im Interesse der Allgemeinheit, mit Prinzipien, die nicht den Besitz als erste Grundlage und letztes Ziel der Gesellschaft hinstellen. Der erste Teil des Werkes heißt „A Man of Property“ („Ein Mann von Vermögen“), dem Worte „Property“ haftet im Englischen der Begriff des privaten Eigentums an und zu diesem privaten Eigentum des Soames Forsythe gehört auch seine Frau Irene. Daß er dieses Eigentumsrecht rücksichtslos geltend macht, führt schließlich zur unwiderstehlichen Zerstörung seiner Ehe.

Irene, die vermögenslos ist und in unerfreulichen Verhältnissen lebt, hat den reichen Soames geheiratet, ohne ihn zu lieben. Der Mann ist leidenschaftlich in das ungewöhnlich schöne Mädchen verliebt und drängt sie zu heiraten. Sie gibt schließlich ihr Jawort gegen sein Versprechen, sie freizugehen, wenn sie nicht glücklich mit ihm, und es besteht keinerlei Interessengemeinschaft zwischen ihnen. Da lernt sie den jungen Architekten Selwyn kennen und lieben, wird von ihm wieder geliebt und verlangt von Soames ihre Freigabe. Nun macht ihr Gatte brutal sein Besitzrecht am Körper seiner Frau geltend. Da geht Irene von ihm, nicht zu Bestimmen, der, als er von dem Geschehenen gehört hat, verzerrt Bindungs in ein Auto hineingerannt ist und getötet wurde. Zwölf Jahre lang lebt Irene einsam. Soames hat sich nicht von ihr scheiden lassen, ja, er verlangt sie schließlich zurück, da sie als noch nicht geschiedene Frau sein Eigentum verliert. Vor allem will er von ihr einen Sohn haben, den erben seines Namens und seines Besitzes. Er würde bei aller Leidenschaft, die ihn noch immer für Irene beherrscht, auch eine andere Frau heiraten, um sich den ersehnten Erben zu verschaffen, aber er hat jetzt keinen Scheidungsgrund mehr, da Irene einsam lebt und keinen Ehebruch begeht. Aus den zwölf Jahre zurückliegenden Beziehungen zu Selwyn hat Soames kein Klagerrecht mehr, weil er seinerzeit nicht geklagt hat. Nach dem Juristenrecht würde man sagen, daß dieses Recht durch Verjährung erloschen ist, die in der Tatsache erblickt wird, daß die Klage nicht aus der Verjährung erhoben wurde. Soames hat also immer noch das formale Recht, sein Recht auf Irezens Körper zu verhängen. In Irene jedoch hat sich der Widerwille gegen ihren Gatten seit jener Vergewaltigung ihres Leibes, zu der er berechtigt gewesen ist, so gesteigert, daß sie alles tun will, um die Ehescheidung zu ermöglichen. Sie wird die Geliebte von John Forsythe, dem Vetter ihres Gatten, und gibt Soames mit diesem Ehebruch den Scheidungsgrund. Es ist der gleiche Vorgang, wie wir ihn bei uns kennen. Da eine Scheidung nur auf Grund der Schuld des einen Teiles möglich ist, so muß diese Schuld geschaffen werden, entweder tatsächlich, wie in dem englischen Roman, oder sie wird vorgefälscht, wie es bei uns häufig in Ehescheidungsprozessen vorkommt.

Soames heiratet nun eine Französin, die ihm nur eine Tochter schenkt, „Fleur“ („Die Blume“) genannt. Irene hat Selwyn geheiratet und schenkt ihm einen Sohn. Die beiden Kinder lernen sich durch Zufall kennen und lieben und stehen, als sie die Geschichte ihrer Eltern erfahren, vor der Frage, ob sie einander angehören dürfen oder sich aufgeben sollen. John stirbt, und sein Sohn Jon weiß, daß er durch seine Heirat mit Fleur das Leben seiner einsamen Mutter zerstören würde. Auf der anderen Seite fürchtet er, durch einen Verzicht das Leben des geliebten Mädchens zu zerstören. Die Mutter gibt dem Sohne die Entscheidung frei, und Fleur, die echte Tochter ihres Vaters, macht ein Besitzrecht an Jon geltend. Von diesem Besitzanspruch zurückgestoßen, entscheidet sich der Jüngling für die Trennung von Fleur und geht mit seiner Mutter ins Ausland. Soames aber lernt die Lehre, die er nie begreifen wollte, daß auch der reichste Mann sich und den Seinen nicht das Recht auf andere Menschen, das Recht auf Liebe, kaufen kann. Im zweiten Teil des Romans, der den Untertitel „Vor Gericht“ führt, ist die eigentliche Geschichte der Scheidung mit den Advokatengepflogenheiten und Kniffen behandelt. Auch dabei kann man an deutsche Erfahrungen denken.

Wenn allgemein der Roman zeigen will, daß der Glaube an den Besitz überaltert ist, so ist sicherlich besonders veraltet die Auffassung vom Besitzrecht des Mannes an der Frau, die auch das deutsche bürgerliche Gesetzbuch in seinen verschiedenen Ehescheidungsbestimmungen zeigt. Das ist der Grund, weshalb die Frauen der Kreise mehr oder weniger eine Erleichterung der Scheidungsbestimmungen fordern. Auch im Hinblick auf diese Tatsache ist die Fiktion des wunderbaren englischen Romans nachdrücklich zu empfehlen.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Endlich haben wir erkannt, daß die Prostitution als Massenkrankheit nicht Ausdruck minderwertiger Charaktere, sondern eine soziale Krankheit ist. Die ungerechten und zweckwidrigen Gesetzesbestimmungen, die nur gegen das eine Geschlecht gerichtet sind, haben elend gemacht. Sie gleichen Medikamenten, die nur am Symptom herumkurieren, aber den Krankheitsherd unberührt lassen. Freilich kann eine Heilung, die das Uebel an der Wurzel packt, nur von der Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwartet werden, denn mehr als alles andere ist es die unterbezahlte Arbeit, die als deren Folgeerscheinungen Wohnungsnot, Alkoholismus, mangelhafte Beaufsichtigung und Erziehung der Kinder und dergleichen, was die Prostitution in Blüte hält. Mögen auch noch in einem sozialistischen Staatswesen vereinzelt unheilvoll verlagte sich prostituierten, wie es dann wohl auch noch vereinzelt Alkoholikanten geben wird, so werden die verheerenden sozialen Krankheiten doch als Massenkrankheiten zu wenig existieren, wie wir heute noch ein Massensterben an der Pest kennen. Wir können und dürfen aber nicht warten, bis diese Stunde geschlagen hat, sondern müssen dem Uebel sofort im Rahmen des möglichen Einhalt tun.

In diesem Sinne bedeutet der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der gegenwärtig der Reichstag beschäftigt, einen wesentlichen Fortschritt. Er ist bereits im Sommer 1923 vom Reichstag angenommen worden, aber der Reichstag erhob Einspruch gegen die Zulassung der Naturheilmethoden, und daran scheiterte das Zustandekommen des ganzen

Selbst ist die Frau AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT“

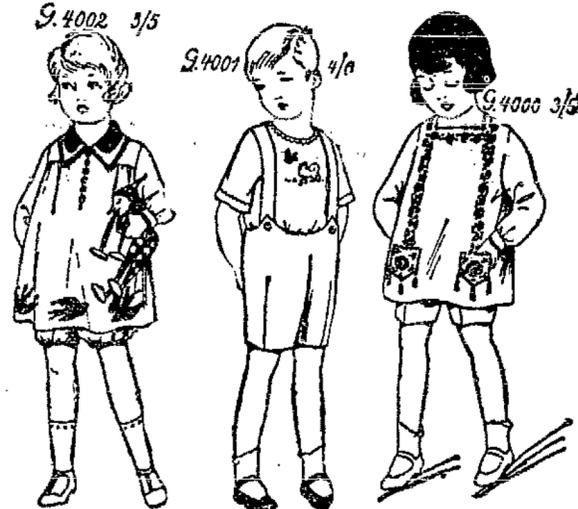


KLEIDER
FÜR
DIE STRASSE



L. 5295. Gr. 44 u. 46. Einfaches KLEID aus gemustertem Wasch- oder Wollstoff. 2,75 m 130 cm breit für Gr. 44.
L. 5296. Gr. 44. Schlichtes KLEIDCHEN aus Wollstoff oder Planelle. 4 m 80 cm breit, 1 m Futterstoff 80 cm breit.
L. 5297. Gr. 44. Nettes KLEID aus gemustertem Stoff mit Blendenbesatz. 2,60 m 130 cm breit, 0,15 cm Besatz 80 cm breit. Lyon-Schnitt 90 Pl.

FÜR DAS HAUS



KINDERKLEIDUNG MIT STICKEREI

G. 4002. 3-5 J. HÄNDECHEN mit SCHLUPFHÖSCHEN und Kreuzstichstickereiverzierung. Material kann Leinen, Satin oder leichter Wollstoff sein. Kleines dunkles Kränzchen. 2,10 m 80 cm breit. Abplättmuster 30 Pl.
G. 4001. 2-4 u. 4-6 J. HÖSCHEN aus blauem Leinen oder leichtem Wollstoff mit gesticktem Unterbüschchen aus weißem Leinen oder Rips. Die Stickerei ist in leuchtenden Farben ausgeführt. 0,80 m 80 cm breit zur Bluse, 0,80 m 80 cm breit zur Hose für 4-Jährige. Abplättmuster 20 Pl.

G. 4000. 3-5 J. KITTEL mit Höschen für kleine Mädchen und Knaben. Material Leinen. Leichte bunte Kreuzstichstickerei und bestickte Taschen. 2 m 90 cm breit. Abplättmuster 30 Pl. F-Schnitt 60 Pl.
F. 6461. MÄDCHENKLEID für das Alter von 3 bis 5 Jahren aus zweifachem Stoff. Das Leinchen ist aus glattem, das eingereichte Röckchen und die Puffärmel sind aus kariertem Stoff. Stoffverbrauch 25 cm glatten und 1 m karierten Stoff zu 100 cm Breite.
F. 6462. MÄDCHENKLEID für das Alter von 3 bis 5 Jahren aus weißem Kleiderplanelle mit bunter, leichter Stickerei und Häkelumrandung. Stoffverbrauch bei 90 cm Breite 1,60 m. F-Schnitt 60 Pl.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ in Breslau oder den Verlag der „Frauenwelt“ J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Gesetzes. Leider schließt auch die jetzt vorliegende Fassung die Kurierfreiheit nicht mit der wünschenswerten Energie aus, so daß viele Sachverständige wieder um die Annahme des Gesetzes besorgt sind. Der grundsätzliche Fortschritt liegt in der Aufhebung der Reglementierung und in der Abschaffung der Bordelle. Das herrschende System stellt bekanntlich die gewerbmäßig der Unzucht nachgehenden Frauen unter Kontrolle, verwehrt aber den Männern in keiner Weise, die Krankheiten weiter zu verbreiten. Auch die ärztliche Behandlung der Frauen erzeugt nur eine Scheinheiligkeit, weil sie nicht genügend ausgeübt werden. Die Polizeikontrolle erschwert den „Eingeschriebenen“ die Rückkehr in ein Leben der Arbeit, und der Staat erkennt die Prostitution als Gewerbe an. Das ist moralisch und hygienisch ein Zustand, wie er nicht deutlicher die innere Hohlheit eines modernen Kulturstaates zeigen kann.

Mit der Beseitigung der Reglementierung und des Bordellwesens ergibt sich nun die Notwendigkeit neuer, positiver Maßnahmen. An die Stelle der Sittenpolizei werden Gesundheitsbehörden und Pflegeämter treten. An 61 Polizeiamtern bestehen bereits Fürsorgestellen und Pflegeämter. Den sogenannten Fürsorgestellen obliegt die Betreuung der erkrankten Aufgegriffenen und der Jugendlichen, denen die Obdach und nach Möglichkeit Arbeit verschaffen. Unter Pflegeämtern ist eine Einrichtung zu verstehen, die ein größeres Wirkungsgebiet hat, stärkere Verantwortung trägt und selbständiger vorgeht. Den Pflegeämtern werden nach der ersten Vernehmung familiäre Aufgegriffenen zugeführt. Hier werden sie vernommen und ärztlicher Untersuchung und nötigenfalls Behandlung zugeführt. Das Pflegeamt läßt Schutzhäuser aus und sorgt dafür, daß die Erkrankten erst nach völliger Ausheilung entlassen werden. Der Erfolg dieser Arbeit hängt in hohem Grade davon ab, daß ein Schutzhäuser zur Verfügung steht, in dem die Aufgegriffenen bis zur endgültigen Unterbringung bleiben können. Ausgezeichnetes wird in dieser Hinsicht seit mehreren Jahren z. B. in Hamburg geleistet. Fast alles hängt bei solcher Arbeit von der Persönlichkeit der Heimleiterin und ihrer Gehilfinnen ab. Wo ein Geist phrasenloser Menschlichkeit herrscht, kann auch ohne Zwang bei sehr vielen Menschen in erstaunlich kurzer Zeit eine Gewöhnung an Sauberkeit, Ordnung und Pünktlichkeit eintreten, und wer einmal an einer solchen Atmosphäre Gefallen gefunden hat, wird nicht so leicht mehr einem zügellosen Leben zuneigen. Immer wieder wird beobachtet, wie Träg, Auflehnung und verdeckte Bosheit — lauter Kennzeichen des entmutigten Menschen — in sich zusammenfallen, wenn die Mädchen sich wider Erwarten nicht als „Gefallene“ behandelt sehen, sondern einfach und natürlich als hilfsbedürftige Mitmenschen. Es gibt kein besseres Zeugnis

für ein Schutzhäuser als dasjenige, das die Inhaftierten ihm selbst ausstellen, indem sie späterhin ihre Sonntage freiwillig dort verbringen und, wenn sie doch rücksichtlich geworden sind, von selbst zurückkehren, um Schutz und Hilfe bittend.

Wenn das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angenommen wird, müßten über ganz Deutschland Pflegeämter mit Schutzhäusern errichtet werden, denen auch einige Geldmittel zur Verfügung stehen, um die Lumpen durch Kleider zu ersetzen, Pfänder auszulösen, Schulverhältnisse zu lösen und dergleichen mehr. Andernfalls wird vieles nur auf dem Papier stehen bleiben. Auch abgesehen davon droht eine Verwässerung des ganzen Gesetzes, die seinen praktischen Wert sehr beeinträchtigen kann. Die Abolitionisten — so nennen sich diejenigen, die seit etwa dreißig Jahren für die Abschaffung der Reglementierung und Kasernierung kämpfen — beanstanden mit Recht den sogenannten Kirchturnspargraphen, der die nähere Umgebung von Kirchen, Schulen und anderen zum Besuche durch Kinder und Jugendliche bestimmten Verhältnisse unter besonderen Schutz stellt. (§ 361, Ziffer 6 a.). Darin liegt doch die stillschweigende Genehmigung, in anderen Straßen „gewohnheitsmäßig zum Zweck des Erwerbs“ der Unzucht nachzugehen. Hier ist eine Hintertür geschaffen, durch die sich die Kasernierung wieder einschleichen kann. Dieser Vorschlag würde den neuen § 351 nur abschwächen, der jeden Menschen, der zur Unzucht auffordert oder sich anbietet, unter Strafe stellt. Wir wollen deshalb hoffen, daß die Beratungen im Reichstagsplenum noch die notwendigen Änderungen bringen werden. Es handelt sich um ein Gesetz von großer Tragweite, das der Verletzung der Volksgesundheit entgegenwirken und zahllose Unglückliche vor dem Untergang bewahren soll.

Dr. Hilde Grünbaum-Sachs.

Ich weiß, daß mir nichts angehört,
Als der Gedanke, der ungehört,
Aus meiner Seele will fliegen,
Und jeder günstige Augenblick,
Den mich ein liebendes Geschick
Von Grund aus läßt genießen.

Gewerkschaftsbewegung.

Schiedspruch für die schlesische Textilindustrie.

Im Nachhinein der schlesischen Textilarbeiter kam am Donnerstag vor dem Schiedsgericht in Breslau ein einflussreicher gefällter Schiedspruch zustande, der eine neunprozentige Lohnerhöhung für alle Zeiten und Kettlerhöher vorseht.

Der Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen; die bisher drohende Generalauspeerrung somit in letzter Stunde abgewendet.

Betriebsräte wahlen 1927.

Das 7. Jahr der Amtstätigkeit der Betriebsräte geht in wenigen Wochen seinem Ende entgegen. Es müssen daher die Vorarbeiten für die Neuwahl schnellstens aufgenommen werden. Als Wahltag werden

Sonntag, der 26. und Montag, der 28. März festgesetzt.

In der Regel wird es sich empfehlen, die Wahlen am Sonntag, den 27. März, vorzunehmen. Der darauf folgende Montag ist nur für Arbeitnehmer gedacht, die außerhalb ihres Betriebes (Montage, Ueberland, usw.) beschäftigt werden, damit sie die Möglichkeit haben, am Montag vor Wiederaufnahme der neuen Wochenarbeit ihre Stimme abzugeben.

Obwohl die Betriebsräte samt und sonders im Besitze eines möglichst gut kommentierten Betriebsratsgesetzes sein sollten, das ihnen der Arbeitgeber auf seine Kosten zu liefern hat und in dem in der Wahlordnung nicht nur alle Vorschriften, sondern auch die einzelnen Formulare vermerkt sind, sollen hier die einzelnen Bestimmungen kurz des näheren erwähnt werden.

Nachdem die Betriebsversammlungen zum erheblichen Teil in den letzten Tagen stattgefunden haben, muß das Wahlauschreiben ab Montag, den 7. März, morgens mit Arbeitsbeginn, 3 Wochen lang ausgehängt werden. Es muß in besonderer Weise enthalten:

1. die Zahl der zu wählenden Arbeiter und Angestellten, sowie die Zahl der Ergänzungsmitglieder;
2. den Ort, wo die Wählerliste zur Einsichtnahme aufgelegt ist;
3. folgende Bestimmungen:
 - a) daß Einsprüche gegen Unvollständigkeit und Unrichtigkeiten der Wählerliste binnen den ersten drei Tagen beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes erhoben werden;
 - b) daß die Vorschlagslisten binnen einer Woche beim Wahlvorstande eingereicht werden müssen;
 - c) daß die vorgeschlagenen Personen in erkennbarer Reihenfolge nach Familiennamen (Vor-, Ruf-)namen, Beruf und Wohnung (Ort und Straße) aufgeführt werden;
 - d) den Ort der Auslegung der Vorschlagslisten.
4. Ferner ist zu beachten, daß die eingehenden Vorschlagslisten der Reihe nach mit Ordnungsnummern oder Kennworten versehen mindestens 3 Tage vor der Wahl ausgelegt werden, damit jeder Wähler Einsicht in sie nehmen kann;
5. daß bekannt gegeben wird, wo die Wahlumschläge entnommen werden können.

Auch die Orte, wo in die Wahlordnung eingesehen und die Stimme abgegeben werden kann, müssen genau bezeichnet sein.

Das Wahlauschreiben muß zu seiner Gültigkeit die Unterschrift des Vorsitzenden des Wahlvorstandes tragen. Die Nichtbeachtung der siebenstägigen Einreichungsfrist für die Vorschlagslisten während der ersten Woche des Aushängens des Wahlauschreibens hat die Ungültigkeit zur Folge.

In größeren Betrieben dürfte es zweckmäßig sein, mehrere Wahlabteilungen einzurichten und für jede ein besonderes Wahlauschreiben auszuhängen.

Die Entscheidungen auf Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste stehen dem Wahlvorstande zu für die Fälle, daß die Wählerliste zu berichtigen ist oder der Entsprechende zur Wahl nicht zugelassen werden soll.

Beruhet eine solche Entscheidung auf Irrtum und ist dadurch das Ergebnis der Wahl zweifelhaft geworden, so kann dieser Mangel nur durch die Anfechtung der ganzen Wahl geheilt werden.

Gleichzeitig mit den Vorschlagslisten muß für jeden Bewerber eine Erklärung abgegeben werden des Inhalts, daß er bereit ist, im Falle seiner Wahl das Amt zu übernehmen. Auch müssen die Vorschlagslisten von drei Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Auf die Bestimmung über die Nachfrist zur Einreichung von Vorschlagslisten sei hier hingewiesen. Von ihr soll grundsätzlich kein Gebrauch gemacht werden, weil durch die inzwischen allgemein verbreitete Übung in der Handhabung des Betriebsratsgesetzes und seiner Wahlordnung erwartet werden muß, daß die zu beachtenden Fristen stets eingehalten werden.

Das Material für die Wahl (Stimmzettel, Wahlumschläge, Urnen, Druckmaschinen) hat der Arbeitgeber unentgeltlich zu liefern. Zulässig ist, daß gedruckte Stimmzettel, die entweder die Nummer einer Vorschlagsliste oder das Kennwort oder einen oder mehrere Namen einer solchen enthalten, verwendet werden.

Nach vollzogener geheimer Wahl erfolgt binnen drei Tagen die Feststellung des Wahlergebnisses und anschließend daran die Errechnung der Gewählten auf jeder Vorschlagsliste. Sie sind sofort von ihrer Wahl zu unterrichten. Trotz ihrer der Vorschlagsliste beigefügten Annahmeerklärung müssen sie doch noch einmal binnen 3 Wochenfrist zur Aeußerung über die Annahme der Wahl aufgefordert werden. Bleibt diese Aufforderung unbeantwortet, gelten sie trotzdem als gewählt. Nur im Falle der Ablehnung der Uebernahme des Amtes tritt der Nachfolger auf der gleichen Liste in seine Stelle.

Das Streben der Betriebsräte muß dahin gehen, Listenzerplitterungen möglichst zu verhüten. Das darf um so eher erwartet werden, als in der Zwischenzeit von vielen erkannt worden ist, daß dieses Amt mit hoher Verantwortung — nicht nur gegenüber der Belegschaft, sondern der Gesamtwirtschaft — verbunden ist.

Nach Erfüllung dieser Vorschriften und der alsdann sofort zu veranstaltenden zusammenfassenden ersten Sitzung des Betriebsrates ist der Betriebsratszentrale Meldung nicht nur über den Ausfall der Wahl, sondern auch über die Verteilung der Komitees des Betriebsrates unter sich, zu machen. Erwünscht sind hierbei Angaben über den zahlenmäßigen Stand der gegenwärtigen Belegschaft, die Zahl der wahlberechtigten Arbeitnehmer (nach Arbeitern und Angestellten getrennt) und gegebenenfalls über Erwerbstätigen, die der Durchführung der Wahl von den Arbeitgebern oder einer anderen Seite (Vorschlagslisten-Richtung) gemacht worden sind. Die Betriebsratszentrale.

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Das Zentral-Schiedsgericht in Berlin hat vorgestern nach dem Buchdruckgewerbe einen Schiedspruch gefällt, der den Lohnen vom 1. April bis 30. September dieses Jahres auf 51,50 Mark und vom 1. Oktober ab auf 52,50 Mark festsetzt. Die Regelung gilt bis zum 31. März 1928. Die Verhandlung über die Schiedsgerichtsbarkeit hatte, laut Bericht, den Schiedspruch zugrunde.

Der Verbandsrat des Buchdruckers in Berlin hat vorgestern

Die freierwerblichen Jugendschutzforderungen finden weitere Unterstützung.

Der Reichsverband evangelischer Jugendämter nahm auf seiner diesjährigen Tagung in Weimar nach vorangegangenen Vorarbeiten von Jugendpastor Lombard-Samburg, Ministerialrat Dr. Rümmer-Berlin und Fräulein Anna Schulte-Berlin die folgende Entschließung an:

Der Reichsverband evangelischer Jugendämter hält die gesetzliche Durchführung eines ausreichenden Jugendschutzes um der gesunden körperlichen und seelischen Entwicklung der erwerbstätigen Jugend willen für dringend erforderlich. Als notwendig erachtet er

1. die gesetzliche Festlegung von drei Wochen bezahlter Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlter Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren;
2. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre;
3. Festlegung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Nachmittags und der Zeit, die für Aufbaumarbeiten beansprucht werden könnte);
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend mittag, wo das nicht angängig, die Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche;
5. Festlegung ausreichender Arbeitspausen;
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Der Reichsverband evangelischer Jugendämter ist der Überzeugung, daß nur die tarifliche Regelung dieser Frage erfahrungsgemäß nicht ausreicht, um der erwerbstätigen Jugend einen wirksamen Schutz dauernd zu gewährleisten. Aus seiner sozialen Verantwortung der Jugend gegenüber bittet er darum den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß, sich für die Durchführung dieser ebenso notwendigen wie gerechten Forderungen im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes beim Reichswirtschaftsrat und beim Reichstag einzusetzen.

Uns scheint aber die Adresse, an die diese Resolution gerichtet ist, nicht die richtige. Der Reichsverband evangelischer Jugendämter sollte die ihm nahestehenden Parteien zur Durchführung verpflichten, dann wäre nämlich in Verbindung mit der Sozialdemokratie die gesetzliche Regelung der obigen Forderungen gesichert.

Die Reichskonferenz der Arbeitsnachweis-Angestellten im Zentralverband der Angestellten.

Die dieser Tage im Erholungsheim Bad Finkenmühle tagte, war von zahlreichen Delegierten und Gästen des Reiches besucht. Neben der Reichsfachgruppenleitung war der Reichsfachauschuß für Arbeitsnachweis-Angestellte anwesend. Ueber das Dienstrecht der Arbeitsnachweis-Angestellten sprach Kollege Hausherr, Er schloßerte, wie der F.d.A. als führende Organisation des Personals in den öffentlichen Arbeitsnachweisen für dessen Rechte, für die Dienstordnung, Sicherung der Stellung durch Kündigungsschutz und Gewährung von Alters- und Hinterbliebenenfürsorge für Geschäftsführer, Arbeitsvermittler, Berufsberater und die übrigen im Arbeitsnachweis, der Stelleneinrichtung und der Erwerbslosenfürsorge tätigen Angestellten mit Erfolg eingetreten ist. Kollege Riemle, Berlin, erstattete den Arbeitsbericht der Reichsfachgruppen-

leitung und Kollege Schröder vom Reichsverband sprach über die Arbeitslosenversicherung. In der Aussprache wurde vor allem der Inhalt der vorhandenen Dienstverträge, der Dienstverträge und die oft erhebliche von einem abweichende Eingruppierung des Personals eingehend behandelt. Im Anschluß daran erfolgte dann die Neuwahl des Reichsausschusses für Arbeitsnachweisangelegenheiten im F.d.A. 3. Die Forderung der Lage des Arbeitsnachweispersonals wurden einer Reihe von Entschließungen folgende Forderungen aufgestellt: 1. die Verpfändung der Kommunalverwaltung einschließlich dem § 13 des Arbeitsnachweisgesetzes Rechnung zu tragen und die gesetzlich vorgeschriebenen Dienstordnungen schaffen, dabei aber auch das berechnete Bestehen der Kündigungsschutz und Fürsorge für das Alter, Berufsunfähigkeit und Todesfall zu erfüllen; 2. der Frage der theoretischen und praktischen Aus- und Fortbildung des Personals besondere Aufmerksamkeit und Förderung zu widmen, bei dem Verlangen nach Prüfungen jedoch die Interessen der Selbstverwaltung zu wahren; 3. die Absicht des preussischen Ministeriums für Volkswirtschaft für die „Wirtschafts- und Berufsfürsorge“ (Arbeitsvermittler und Berufsberater) eine Laufbahnordnung einzuführen, zu bekämpfen, daß für eine gründliche Berufsbildung durch staatliche Lehrgänge und Kurse bei den Landesämtern für Arbeitsvermittlung und die Bereitstellung der für die Teilnahme notwendigen Mittel zu fordern; 4. für die kommende Arbeitslosenversicherung die Personalfrage in Anlehnung an § 13 des Arbeitsnachweisgesetzes zu regeln.

Die Beamten und Reichsangeestellten beim Finanzminister.

Reichsfinanzminister Dr. Köppler empfing am Donnerstag Vertreter der Beamten und Angestellten, um deren Besoldungswünsche entgegenzunehmen. Er erklärte sich bereit, die Besoldungen für eine Gesamtreform der Beamtenbesoldung sofort in Angriff nehmen zu lassen und teilte mit, daß der Wohnungsgeldzuschuß entsprechend der Mieterhöhung erhöht werde.

Lohnbewegungen in der Rheinschifffahrt.

In der Rheinschifffahrt sind die Gehalts- und Lohnsätze sowohl von den Gewerkschaften wie den Arbeitgebern gekündigt worden. Die Weferschliffen und das Personal der staatlichen Schleppämter wollen ebenfalls kündigen.

In der westdeutschen Kanalschifffahrt haben die Arbeitgeber den gefällten Lohnschiedspruch abgelehnt, von den Arbeitnehmern wurde er angenommen, so daß auch hier die Lohnstreitigkeiten noch nicht zu Ende sind. Im Augenblick befindet sich die ganze westdeutsche Binnenschifffahrt von Rhein bis zur Weser in Lohn Differenzen.

Feuerungs-, Schornstein- und Badofen-Maurer!

Demnächst findet eine Reichskonferenz der obengenannten Gruppen zur Erneuerung des Feuerungsstarifes statt. Auch bei den Badofenmaurern müssen die wilden Arbeitsverhältnisse ein Ende nehmen. Es soll deshalb am Sonntag, den 6. März, eine Zusammenkunft sämtlicher Kollegen aus dem Feuerungs-, Schornstein- und Badofenbau stattfinden. Es soll anschließend diese Zusammenkunft auch ein Kandidat für die Reichskonferenz benannt werden. Wir bitten schon aus diesem Grunde um eine recht zahlreichen Besuch. (Siehe Vereinskalender.) Baugewerksbund Breslau.

Wirtschaft.

Wirtschaft und Arbeitstag.

Ein Wort an den Reichsarbeitsminister.

In ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag hat die Regierung Begründungen vorgebracht, die beziehungsweise gerade in technischen Kreisen lebhaftes Kopfschütteln hervorgerufen haben. Mit den gleichen leeren Phrasen haben im vorigen Jahrhundert die Manchestermänner auch den elf- und zwölfstündigen Arbeitstag zu verteidigen gesucht — gegen die bessere Einsicht der damaligen ausgezeichneten preussischen Wirtschaftsbürokratie, die vor allem technisch auf der Höhe war, was man heute von ihr nicht behaupten kann. Die ganze Einstellung der Regierung zu dem Normalarbeitstag ist gerade jetzt für Deutschland, das sich zu einem neuen Triumph einer technischen Riesenmacht und zu einer großen betriebstechnischen Rundgebung auf der Leipziger Messe rüftet und dazu kompetente Vertreter des Auslandes einladet, doppelt bedauerlich.

Erstaunen haben vor allen Dingen die verschiedenen Darlegungen des Reichsarbeitsministers hervorgerufen. Er hat unter anderem die wirklich phänomenale Entdeckung gemacht, daß der Normalarbeitstag der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Abbruch tue, wenn unsere Konkurrenten ihn nicht ebenfalls einführen. Jedenfalls steht fest, daß Herr Dr. Brauns vom Segen der langen Arbeitszeit mehr überzeugt ist als rüdfällige Unternehmer selbst. Er mag sich aber beruhigen: die deutsche Wettbewerbsfähigkeit beruht auf wesentlich anderen Dingen, auf der Freizügigkeit der Waren und Personen, einer gründlichen Revision des nach dem Kriege einsetzenden Industrieprotektionismus usw. Kommen wir einer Verwirklichung der Ideen einer internationalen Wirtschaftssolidarität näher, und dazu gehört, daß Wirtschafts- und Handelsvertragsverhandlungen wesentlich anders geführt werden, als das bisher durch die Regierung gescheh, denen Herr Dr. Brauns angehört, so wird die umgekehrte deutsche Industrie schon zeigen, was die Butter kostet. So weit sie aber nicht umgekehrt ist, wird es gar nicht haben, wenn durch die Festlegung des Normalarbeitstages einmal Dampf hinter der Sache gemacht wird. Um die gegenwärtige Situation bezüglich der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch ein Beispiel zu zeichnen: Auch mit dem Oelgezeug kann man eine bestimmte Etappe des Reges zurücklegen. Mit dem Motor wird man das Ziel aber eher erreichen, auch wenn man später aufbricht. Das Geheimnis der Rentabilität in der gegenwärtigen Industriepoche heißt jedoch Beschleunigung, beschleunigte Verwendung lebendiger und mechanischer Kraft. Deshalb sind sechs Stunden intensiver Arbeit immer rentabler als neun oder zehn Stunden, in denen „geleiert“ wird.

Herr Brauns ist anscheinend nicht darüber im Bilde, was sich seit Jahresfrist in der deutschen Industrie ereignet hat. Er mag sich doch darüber bei dem ihm nahestehenden Professor Dr. D. Jauer erkundigen, der viel von diesen Dingen versteht und wohl im Interesse der Sache nicht abgeneigt sein wird, den Reichsarbeitsminister hinsichtlich zu informieren. Das alte Erfurter Programm der Sozialdemokratie hat in seinem ökonomischen Teil die gewaltigen kapitalistischen Evolutionen, deren Zeugen wir nach dem Kriege und nach der Inflation wurden, mit instinktiver und unachahmlicher Treffsicherheit als die Auslösung von neuen Produktivkräften bezeichnet. Diese Auslösung ist bei uns in einem derzeit gewaltigen Umfange erfolgt und wird sich in den nächsten Jahren in einem bezahligen Ausmaße fortsetzen, daß es gar keiner Erörterung bedarf, ob die 48-Stundenwoche heute für die deutsche Wirtschaft tragbar ist oder nicht. Vielmehr sind die Fachleute der Meinung, daß die wachsende Produktivität der deutschen und europäischen Wirtschaft in kurzer Zeit zu einer erheblichen Verzögerung der Arbeitswoche unter 48 Stunden führen muß.

Es ist heute keine Frage, daß der Reichsarbeitsminister in seinen Ansprüchen über den Achtstundentag außer sozialreaktionär ist. Aus einer Art pseudo-sozialer Einstellung heraus sieht er den Achtstundentag als sozialpolitische Maßnahme auf. Er will Sozialpolitik aus sozialen Gefühlen heraus machen und kommt deshalb zu Halbheiten. Leider gibt es in Deutschland noch viele Menschen, die immer wieder in den gleichen Fehler verfallen. Die Auffassung ist grundverfehlt. Der Achtstundentag

tag hat nichts weniger mit Sozialpolitik als mit Produktionspolitik zu tun, wie Sozialpolitik niemals eine Folge der rentablen Wirtschaft ist, sondern eine Ursache und Ausgangspunkt derselben. Diese fundamentale Wahrheit hat von unserer Auffassung nach in dem ganzen Kampfe um den Achtstundentag mitschuldig zum Schaden des wirtschaftstechnischen Prozesses, dessen wesentlicher Bestandteil wohl intensive, aber ein möglichst kurze Arbeitszeit ist.

Die Frage des Arbeitstages muß in Deutschland einzig und allein von diesen, von rein wirtschaftlichen und produktionsstechnischen Gesichtspunkten, entschieden werden, ohne Rücksicht darauf, was das Ausland tut. Deutschland ist, ohne sich um seine europäischen Nachbarn zu kümmern, sofort nach der Inflation, wenn auch mit dem Mute der Bewusstseins- und mit der letzten Hoffnung des Ertrinkenden, in der Rationalisierungsprophet hineingegangen. Der Wurf ist geplatzt. Deutschland hat heute die technische Führung, aber auch die moralische und produktionsstechnische Verpflichtung zum Achtstundentag. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit beruht auf den von der deutschen Wissenschaft ausgebildeten neuen Arbeitsmethoden. Von diesem Wege dürfen wir uns unter keinen Umständen abbringen lassen. Ob die anderen Länder Deutschland folgen, hängt ja gar nicht von Konkurrenzrücksichten ihres Unternehmers ab, sondern davon, wie weit der Rationalisierungsprophet auch bei ihnen vorgetrieben wird und inwieweit die Arbeiterschaft dieser Länder in der Lage ist, sich den Achtstundentag zu erkämpfen. Deutschland soll auf Grund seiner technischen Ueberlegenheit sich ruhig für den Achtstundentag erklären. Es kann das. Wollen Franzosen und Engländer hier nicht mitmachen, so ist das ihre höchst persönliche Sache, zuletzt ein Verhängnis, das der deutschen Wettbewerbsfähigkeit früher oder später zugunsten kommen muß.

Breslauer Produktenbörse.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 3. März abgehalten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (in 100 Kilogramm) für den Erzeugerpreis) ab schlechter Verladung in volle Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Samen, die in Archivalien Breslau verladen). Tendenz: Getreide: Steig. — Kartoffeln: Ruhig. — Futtermittel: Steig. — Mehl: Befestigt.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Vollkorn:	
	1.	2.	1.	2.
Weizen 75 kg/ha	27,50	27,00	R. Winter an	34,10
Weizen 71 „	26,50	26,00	„ Winter neu	37,00
Koggen 71 „	25,90	26,70	Sensham neu	40,00
Koggen 68 „	25,10	24,90	Hanfack	25,00
Hafer*)	19,20	19,20	Blauhaas	86,00
Braugerste 5)	24,00	24,00		
Mittelgerste	19,00	19,00		
Winter-Weizen*)	19,10	19,10		

*) Keine Ware über Notiz.
Spezialtarif für rote und weiße 3.50.
Fabrikartikeln für das Prozent Stärkegehalt 0,18.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Varietät Waggon frei Breslau mit ganze Waggonladungen.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Vollkorn:	
	1.	2.	1.	2.
Weizen 75 kg/ha	14,00-15,50	14,00-15,50	Kartoffeln	15,00-16,00
Koggen 75 kg/ha	15,00-16,10	15,00-16,00	Erbsenrohbohnen	12,50-13,00
Erbsenrohbohnen	21,75-22,75	21,75-22,75	Weizenrohbohnen	11,25-11,75
Kartoffeln	17,50-18,50	17,50-18,50	Strohrohbohnen	12,00-12,50
Palmenöl	19,00-20,00	19,00-20,00	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Schmalz	23,50-24,50	23,50-24,50	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Kartoffelrohbohnen	18,75-19,75	18,75-19,75	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Kartoffelrohbohnen	18,25-19,25	18,25-19,25	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Reisrohbohnen	16,00-17,00	16,00-17,00	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Reisrohbohnen	29,00-30,00	29,00-30,00	Strohrohbohnen	11,50-12,00
Strohrohbohnen	15,75-16,75	16,00-17,00	Strohrohbohnen	11,50-12,00

Getreide 17,00-18,00.
Sonnensamen (48 %) 17,00-18,50.
Sonnensamen (50 %) 21,00-22,00.
Sonnensamen (50 %) 22,00-23,00.
Amliche Notierung für Weizenrohbohnen (100 kg):
Weizen (70 %) 30,25 30,00
Koggen (70 %) 27,00 26,75
Kleinere Sorten werden höher bezahlt.